Mittwoch, 8. Februar 1933
Nr. 33 / 3. Jahrgang
BRESLAU

Preis 10 Pfg.
Reichsausgabe

SAZ
Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

Die Terror-Notverordnung
Einheitsfront wächst
Überwachungsausschuß aufgeflogen
Wahlaufmarsch der Parteien
Holländischer „Potemkin"
Ein deutscher d'Arragona
Großes Explosionsunglück in Frankreich

Der 20. Juli übertrumpft

Braun-Severing abgesetzt — Preußischer Landtag aufgelöst
Völlige Aufhebung der Versammlungs- und Pressefreiheit

Die Hitler-Notverordnung
und die Aufgaben des Proletariats

Gleichzeitig mit der Preußenverordnung ist die gestern schon angekündigte Notverordnung gegen Presse- und Versammlungsfreiheit unter dem Titel „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes" erlassen worden. (Wir veröffentlichen die wesentlichen Teile der Verordnung an anderer Stelle des Blattes.) Die Verordnung enthält nicht nur alle Zwangs- und Strafbestimmungen der vorherigen Papen-Notverordnung, gegen die bekanntlich die Nationalsozialisten einen demagogischen Kampf geführt haben und die dann von der Schleicher-Regierung wieder aufgehoben wurde, sondern sie geht weit über die Papen-Verordnung hinaus.

Neu und höchst gefährlich sind darin die zwei Bestimmungen, daß die Aufforderung und Anreizung zu einem Generalstreik oder zu einem Streik in einem lebenswichtigen Betrieb und die Veröffentlichung von offensichtlich unrichtigen Nachrichten, deren Verbreitung geeignet ist, lebenswichtige Interessen des Staates zu gefährden, mit dem Verbot von Zeitungen und Versammlungen sowie schweren Strafen bedroht wird. Mit dieser bewußt kautschukartigen Bestimmung kann jeder Streik und jede Streikpropaganda verboten und unter Strafe gestellt werden. Mit der zweiten Bestimmung kann jede der Regierung mißliebige Zeitung zu jeder Zeit und Stunde verboten werden, denn was „unrichtige" und „die Interessen des Staates gefährdende" Nachrichten sind, das beurteilen einzig und allein die örtlichen Polizeiorgane bzw. die oberen Regierungsbehörden.

*

Die Preußenverordnung, die Auflösung des Landtages wie auch die Verordnung zur Knebelung der Presse- und Versammlungsfreiheit muß als ein einheitliches Ganzes angesehen werden. Es ist eine Maßnahme der Hitler-Hugenberg-Regierung mit dem offensichtlichen Zweck, damit die unumschränkte Regierungs-Diktatur zu errichten.

Die Preußenverordnung wird zwar damit begründet, daß „eine Verwirrung im Staatswesen eingetreten" und „das Staatsleben gefährdet" sei, aber es besteht gar kein Zweifel, daß der wirkliche Grund für die Verordnung einzig und allein darin liegt, im preußischen Drei-Männer-Kollegium eine Mehrheit zu bekommen, um den Preußischen Landtag aufzulösen. Wie diese Verordnung „mit der Verfassung vereinbar" ist, das geht eindeutig und klar aus der Erklärung Dr. Adenauers hervor. Wenn schon der sehr weit rechts stehende Zentrumsmann Dr. Adenauer ein solches Urteil fällt, dann kann jeder sozialistische Arbeiter ermessen, wie ein solches Vorgehen von der sozialistischen Presse bezeichnet werden müßte.

Die durch die Verordnung formell abgesetzte Regierung Braun-Severing läßt durch die Telegraphenbüros die Meldung verbreiten, daß sie sofort Einspruch beim Staatsgerichtshof erhoben und auch eine einstweilige Verfügung gegen die Durchführung der Verordnung beantragt hätte. Dem Staatsgerichtshof dürfte hier zweifellos ein Urteil sehr schwer fallen, und das Ganze mag juristisch und staatsrechtlich eine höchst interessante Frage sein, aber die ganze Arbeiterklasse weiß, daß es im Grunde völlig gleichgültig ist, wie der Staatsgerichtshof entscheidet.

Hier steht einzig und allein die Machtfrage auf der Tagesordnung. Heute erhält die ganze deutsche Arbeiterklasse und die sozialdemokratische Arbeiterschaft im besonderen die Bestätigung dafür, daß die Politik des Ausweichens und Rückzuges am 20. Juli ein Verbrechen an den Interessen des Proletariats war. Wir glauben daher, daß es heute keinen denkenden Arbeiter — auch nicht in den Reihen der SPD — geben dürfte, der irgendwelche Hoffnungen auf ein erneutes Urteil des Staatsgerichtshofes hegt. Vielmehr kommt jetzt alles, aber auch alles, darauf an, daß die Arbeiterklasse unten in ihrer Masse über alle Parteibücher und politischen Differenzen hinweg eng zusammensteht zur geschlossenen Abwehr.

Das gilt auch für die bevorstehenden Wahlen und vor allem für die Wahlagitation. Heute schon erleben die Arbeiter das in der Praxis, was vor Jahren schon ein Naziführer gegenüber der unsinnigen KPD-Theorie vom „Sozialfaschismus" erklärte, indem er sagte: „Wenn wir die Macht haben, dann werden wir neben den Kommunisten auch die Sozialdemokraten aufhängen." Daraus ergibt sich klar, daß es jetzt für alle Proletarier ohne Unterschied nur einen Hauptfeind, den Faschismus, geben kann. Gemeinsam müssen die Arbeiter jede Arbeiterveranstaltung, ob sie von der SPD, KPD, den Gewerkschaften einberufen ist, schützen und verteidigen, wie sie auch gemeinsam die Arbeiterorgane, Parteibüros, Gewerkschaftshäuser, Arbeiterviertel usw. ohne Unterschied der Partei vor den Naziangriffen schützen und verteidigen müssen. Gewiß müssen auch jetzt noch politische Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden, aber alle gegenseitigen Angriffe, die dem Faschismus, dem erbarmungslosen Klassengegner, nützen, müssen jetzt unbedingt unterbleiben.

Einheitsfront der Tat, Einheitliche Kampfesfront der gesamten Arbeiterklasse in den Großstädten, bis ins letzte Dorf, bis in das letzte Arbeiterquartier! Das ist das Gebot der Stunde!

Die Preußenverordnung

WTB. Es wird folgende „Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen" veröffentlicht:

Aufgrund des Artikels 48, Absatz 1 der Reichsverfassung verordne ich folgendes:

§ 1.

Durch das Verhalten des Landes Preußen gegenüber dem Urteil des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich vom 25. Oktober 32 ist eine Verwirrung im Staatsleben eingetreten, die das Staatsleben gefährdet.

Ich übertrage deshalb bis auf weiteres dem Reichskommissar für das Land Preußen und seinen Beauftragten die Befugnisse, die nach dem erwähnten Urteil dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern zustehen.

§ 2.

Mit der Durchführung dieser Verordnung beauftrage ich den Reichskommissar für das Land Preußen.

§ 3.

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 6. Februar 1933.

Der Reichspräsident: gez. v. Hindenburg
Für den Reichskanzler: gez. v. Papen, Stellvertreter des Reichskanzlers

Der Auflösungsbeschluß

Berlin, 6. Februar.

WTB. Auf Veranlassung des Präsidenten des Preußischen Landtages fand heute nachmittag im Preußischen Staatsministerium eine Besprechung über die Auflösung des Preußischen Landtages gemäß Artikel 14 der Preußischen Verfassung statt, an der der Präsident des Preußischen Staatsrates, Dr. Adenauer, der Präsident des Preußischen Landtages, Kerrl, und der Reichskommissar für das Land Preußen, Vizekanzler von Papen, teilnahmen.

Nach längerer Aussprache über die politische Lage gab Präsident Adenauer eine Erklärung ab, wonach er sich an der Abstimmung nicht beteilige. Die beiden anderen Herren nahmen von dieser Erklärung Kenntnis und beschlossen:

Gemäß Artikel 14 der Preußischen Verfassung wird der Preußische Landtag mit Wirkung vom 4. März 1933 aufgelöst.

Die Erklärung Dr. Adenauer's

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Februar widerspricht dem Artikel 17 der Reichsverfassung und den vom Staatsgerichtshof in dem Urteil vom 25. Oktober 1932 daraus gezogenen Folgerungen. Ich bin daher nicht in der Lage, anzuerkennen, daß der Herr Reichskommissar von Papen das nach Artikel 14 der preußischen Verfassung dem Ministerpräsidenten zustehende Recht auszuüben befugt ist. Ich lehne es daher ab, an der Abstimmung teilzunehmen, und verweise in sachlicher Hinsicht auf meine Erklärung vom 4. Februar.

Der tägliche Nazi-Mord

Harburg-Wilhelmsburg, 7. Februar.

Ein 27jähriger Arbeiter wurde, als er aus einem sozialdemokratischen Verkehrs-Lokal kam, von drei der NSDAP angehörigen Leuten durch einen Bauchschuß getötet, sein Begleiter, gleichfalls ein Arbeiter, durch einen Fußschuß verletzt.

Stuttgart, 6. Februar.

In Genkingen (Oberamt Reutlingen) geriet der 23jährige Kommunist Bader aus Gönningen in eine politische Auseinandersetzung mit Leuten des Freiwilligen Arbeitsdienstes, wobei er von dem Rechnungsführer des dortigen Arbeitslagers, Spaeth, erschossen wurde.

Düsseldorf, 6. Februar.

Nachträglich wird erst jetzt bekannt, daß in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag bei einem Zusammenstoß zwischen SA-Leuten und Kommunisten ein SA-Mann durch einen Bauchschuß getötet und ein Kommunist durch einen Polizeibeamten so schwer verletzt wurde, daß er an den Folgen der Verwundung starb.

Berlin, 7. Februar.

In der Nacht zum Dienstag griffen vier Nationalsozialisten einen der KPD angehörenden Chauffeur tätlich an und verletzten ihn durch einen Brustschuß.

Oberhausen (Rheinl.), 6. Februar.

Bei einem in der letzten Nacht erfolgten Ueberfall der Nationalsozialisten auf politische Gegner erhielt der Kommunist Irgel einen schweren Lungenschuß, zwei Reichsbannerleute Stich- und Schlagverletzungen.

Gladbach-Rheydt, 6. Februar.

Wie die Polizei berichtet, überfielen heute früh mehrere Nationalsozialisten ein überwiegend von Kommunisten bewohntes Barackenlager. Die Bewohner wurden von den Nazibanditen mit Schußwaffen bedroht. Um dieselbe Zeit drangen Nazis in das Antifa-Haus in der Blumenstraße ein und zerstörten die gesamte Einrichtung.

Gleichzeitig gibt der Polizeibericht bekannt, daß bei einem Ueberfall seitens fünf uniformierter Nationalsozialisten auf ein Möbelgeschäft zwei hinzukommende Polizeibeamte durch Schüsse schwer verletzt wurden. Die Täter flüchteten.

Wuppertal, 6. Februar.

In Wuppertal und Umgebung kam es am Sonnabend Sonntag wieder zu planmäßigen Provokationen der Nazis. So wurden zwei Reichsbannerleute verletzt, die Scheiben der Geschäftsstelle einer Dortmunder Zeitung in Barmen eingeschlagen. In Elberfeld-Sonnenborn wurden auf eine von Angehörigen von Linksparteien besetzte Gastwirtschaft Schüsse abgegeben.

Überwachungsausschuß aufgeflogen

WTB. Berlin, 7. Februar.

Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung trat heute unter Vorsitz des Abg. Löbe zusammen.

Die Nationalsozialisten unter Führung des Abg. Frank verhinderten Löbe systematisch am Sprechen und erklärten, jede Sitzung zu sprengen, in der Löbe Vorsitzender des Ausschusses sei.

Löbe schloß unter diesen Umständen die Sitzung.

Die Terror-Notverordnung

Presse- und Versammlungsfreiheit aufgehoben

Drakonische Strafen mit Zwang zur Denunziation

In der ersten öffentlichen Verlautbarung der Hitler-Hugenberg-Regierung, beim Empfang der Presse, sprach sich Reichsinnenminister Frick im Namen der Regierung „gegen die Presseknebelung" aus. Es ist seitdem gerade eine Woche verflossen, und nun hat die Regierung Hitler–Hugenberg mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg auf Grund des Artikels 48 folgende von uns schon gestern angekündigte Notverordnung erlassen:

I. Versammlungen und Aufzüge

§ 1. Oeffentliche politische Versammlungen, sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden. Sie können im Einzelfall verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist. Statt des Verbotes kann eine Genehmigung unter Auflagen (Zwangsvorschriften) ausgesprochen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden. Ausgenommen sind Versammlungen nichtpolitischer Art.

§ 2. Oeffentliche politische Versammlungen, sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgelöst werden,

1. wenn in ihnen zum Ungehorsam gegen Gesetze, rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung oder der Behörden aufgefordert oder angereizt wird,

2. wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden,

3. wenn in ihnen eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechtes, ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden,

4. wenn in ihnen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder angereizt wird,

5. wenn sie nicht angemeldet, oder wenn sie verboten sind, oder wenn von den Angaben der Anmeldung absichtlich abgewichen oder wenn einer Auflage zuwidergehandelt wird.

§ 3 regelt die Befugnisse polizeilicher Beauftragter in öffentlichen Versammlungen.

§ 4 das Verfahren nach deren Auflösung.

§ 5. Der Reichsminister des Innern kann allgemein oder mit Einschränkungen für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge, sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnet, verbieten und für Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

§ 6. Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden:

1. allgemein nur für bestimmt abgegrenzte Ortsteile,

2. im übrigen nur im Einzelfalle.

Weitergehende allgemeine Verbote treten außer Kraft.

Hat der Reichsminister des Innern gegen ein Verbot nach Absatz 1 Nr. 1 Bedenken, so kann er die oberste Landesbehörde um Aenderungen oder Aufhebung ersuchen. Entspricht die oberste Landesbehörde dem Ersuchen nicht, so kann er das Verbot aufheben.

II. Beschlagnahme und Verbot von Druckschriften

Nach § 9 können periodische Druckschriften verboten werden aus den gleichen Gründen, aus denen Versammlungen aufgelöst werden können, wenn durch ihren Inhalt die Strafbarkeit einer der in den §§ 81 bis 86, 92 Nummer 1 des Strafgesetzbuches oder in den §§ 1 bis 4 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse bezeichneten Handlungen begründet wird;

wenn in ihnen zu Gewalttätigkeiten aufgefordert oder angereizt wird, oder wenn in ihnen Gewalttätigkeiten, nachdem sie begangen worden sind, verherrlicht werden,

wenn in ihnen zu einem Generalstreik oder zu einem Streik in einem lebenswichtigen Betriebe aufgefordert oder angereizt wird,

wenn in ihnen offensichtlich unrichtige Nachrichten enthalten sind, deren Verbreitung geeignet ist, lebenswichtige Interessen des Staates zu gefährden,

wenn als verantwortlicher Schriftleiter dem Verbot des Reichsgesetzes vom 4. März 1931 zuwider jemand bestellt oder benannt ist, der nicht oder nur mit besonderer Zustimmung oder Genehmigung strafrechtlich verfolgt werden kann.

Die Dauer des Verbotes darf bei Tageszeitungen vier Wochen, in anderen Fällen sechs Monate nicht überschreiten. Diese Beschränkung fällt fort, wenn eine periodische Druckschrift, die auf Grund der Vorschriften dieser Verordnung bereits zweimal verboten war, innerhalb dreier Monate nach dem ersten Verbot erneut verboten wird; in diesem Falle darf die Dauer des Verbotes bei Tageszeitungen sechs Monate, in anderen Fällen ein Jahr nicht überschreiten.

Die §§ 10 bis 12 regeln in Anlehnung an die bisherigen Bestimmungen Zuständigkeit und Rechtsmittel beim Verbot von periodischen Druckschriften und etwaigen Ersatzblättern.

Ist in einer periodischen Druckschrift, die nicht im Inlande erscheint, eine Veröffentlichung der im § 9 bezeichneten Art enthalten, so kann der Reichsminister des Innern ihre Verbreitung im Inlande bis zur Dauer von sechs Monaten verbieten. Gegen das Verbot ist kein Rechtsmittel zulässig (§ 13).

III. Sammlungen zu politischen Zwecken

§ 11. Die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen können verbieten, daß Geld- oder Sachspenden zu politischen Zwecken oder zur Verwendung durch politische Organisationen von Haus zu Haus, auf Straßen oder Plätzen, in Gast- oder Vergnügungsstätten oder an anderen öffentlichen Orten eingesammelt werden. Das Verbot kann auf einzelne Sammlungen oder die Sammlungen bestimmter Vereinigungen beschränkt werden. Sammlungen, die in Versammlungen oder im Zusammenhang mit ihnen am Versammlungsort stattfinden, sowie Sammlungen von Haus zu Haus, die sich auf Mitglieder der sammelnden Organisation beschränken, sind zulässig.

IV. Strafbestimmungen

Abschnitt IV enthält für Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der vorhergehenden Abschnitte Strafbestimmungen, die Geld- und Gefängnisstrafen, zum Teil unter Angabe einer Mindeststrafe vorgesehen. Unter anderem bestimmt:

§ 20. Wer vorsätzlich oder fahrlässig Druckschriften politischen Inhaltes herstellt, verbreitet oder zum Zwecke der Verbreitung vorrätig hält, auf denen zur Verheimlichung des Ursprungs die in den §§ 6 und 7 des Reichsgesetzes über die Presse vom 17. Mai 1874 vorgeschriebenen Angaben über Drucker, Verleger, Verfasser, Herausgeber oder verantwortlichen Redakteur nicht enthalten oder unrichtig, unvollständig oder unleserlich sind, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bis zu 1 Jahr bestraft.

Zwang zur Denunziation

§ 21. Wer von dem Vorhandensein eines Vorrates von Druckschriften, deren Inhalt den Tatbestand einer der im § 20 Absatz 1 Nr. 1 bis 3 bezeichneten strafbaren Handlungen begründet, zu einem Zeitpunkt glaubhafte Kenntnis erhält, zu dem das Vorhandensein dieses Druckschriftenvorrates der Behörde noch nicht bekannt ist, ist verpflichtet, unverzüglich der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten. Die in seinen Besitz oder Gewahrsam gelangten Stücke der Druckschrift hat er unverzüglich der Polizeibehörde abzuliefern.

Wer es unterläßt, die Anzeige oder Ablieferung rechtzeitig zu bewirken, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Straffrei sind nur Familienangehörige und Seelsorger.

§ 23 gibt die Möglichkeit zur Schließung von Räumlichkeiten (Parteibüros, Gastwirtschaften usw.), in denen „von einer Mehrzahl von Personen" politisch strafbare Handlungen begangen werden.

V. Schlußvorschriften

§ 25 enthält als Abschnitt V folgende Schlußvorschriften:

Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern. Er kann, soweit er es für erforderlich hält, Richtlinien für die Handhabung der Vorschriften dieser Verordnung erlassen.

Der Kreis der leitenden Beamten im Sinne dieser Verordnung wird, soweit es sich um Reichsbeamte handelt, von dem Reichsminister des Inneren, soweit es sich um Landesbeamte handelt, von den Landesregierungen bestimmt.

Schließlich bestimmt § 26, daß diese Verordnung mit dem Tage nach ihrer Verkündung in Kraft tritt.

*

Diese Verordnung ist so ungeheuerlich, daß sie die schlimmsten Vorstellungen all dessen, was man an Einschränkungen der Versammlungs- und Pressefreiheit erwarten mußte, übersteigt. Es ist klar, und jeder Leser versteht, daß es uns eben auf Grund dieser Verordnung unmöglich ist, die hierzu nötige Kritik zu üben. Nur soviel sei gesagt, daß, wenn diese Verordnung Dauerzustand wird, nach unserer Auffassung Deutschland zu einem Zuchthaus und zum politischen Friedhof werden muß.

Wir glauben aber, daß die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze in Deutschland so groß sind, die wirtschaftliche Notlage der proletarischen, arbeitslosen und kleinbürgerlichen Massen kapitalistisch so unlösbar ist, daß diese Verordnung trotz aller Gewaltanwendung keine Dauer haben kann. Selbst wenn die Massen und Arbeiterorganisationen wollten, sie könnten dazu nicht ruhig bleiben.

Die Arbeiter wollen die Einheitsfront

Überall mächtige Einheitskundgebungen

(Eig. Bericht d. SAZ.)

Elbenstock.

Durch die Initiative der SAP gelang es, sämtliche proletarischen Organisationen (SPD, KPD, SAP, Reichsbanner, Schutzbund, Kampfbund gegen den Faschismus, ADGB und Arbeitersportkartell) zu einer gemeinsamen Besprechung zusammen zu führen und einen Kampfausschuß gegen den Faschismus zu bilden. Eine wuchtige Demonstration von 350 Proletariern, die trotz anhaltendem Regen und Sturm durchgeführt wurde, legte Zeugnis ab von dem Willen zur Einheit. Die Proletarier, die, bis auf die Haut durchnäßt, nicht von der Straße gewichen sind, haben hierdurch bewiesen, daß sie gemeinsam den faschistischen Terror abwehren wollen. Für die noch abseits stehenden Proletarier gilt der Ruf: „Einreihen in die rote Einheitsfront".

Eppendorf i. Sa.

Was vor acht Tagen noch unmöglich erschien, ist über Nacht Wahrheit geworden: Gemeinsame Demonstration der Eisernen Front, SAP und KPD. Ueber 300 Genossen aller proletarischen Organisationen und Parteien demonstrierten gemeinsam unter den Fahnen des RFV, der KPD und des Reichsbanners gegen den gemeinsamen Feind, den Faschismus. Das war der Anfang gemeinsamer Aktionen, das erste Aufgebot einer stattlichen Anzahl kampferprobter Proletarier, trotz Regen und Wind. Wir wissen alle, daß es noch besser werden muß und erinnern die Eppendorfer Arbeiter an die Demonstration anläßlich des Rathenaumordes, wo wir mit über 1500 Mann die Straße beherrschten. Was uns auch sonst politisch trennen mag, in der Stunde der äußersten Gefahr über alles die Einheitsfront des gesamten Proletariats!

Osnabrück, 5. Februar.

Die Eiserne Front in Osnabrück hatte zum Sonntag zu einer Demonstration aufgerufen. Trotz des schlechten Wetters, trotz des strömenden Regens, hatten sich Tausende eingefunden. Diese Demonstration, an der Proleten der KPD und SAP teilnahmen, war eine gewaltige Kundgebung für die rote Einheitsfront gegen den Faschismus.

Ueber 5000 Teilnehmer zogen unter strammer Disziplin durch die Straßen, stürmisch begrüßt von den auf den Bürgersteigen stehenden Proleten. Daß die Massen der Ausgebeuteten, als sie am braunen Haus vorbeizogen, nicht gerade stumm waren, versteht sich von selbst. Auf dem Schloßplatz, wo der Zug sich auflöste, hörte man „Rot-Front-" und „Freiheit"-Rufe; die Kundgebung verlief ohne nennenswerte Zwischenfälle.

Die Proleten von Osnabrück sind endlich einmal gemeinsam marschiert. Laßt es aber nicht dabei, sondern setzt euren Kampfeswillen in die Tat um.

Der erste Schritt zur Einheit in Zeitz

Am Sonntag rief die Eiserne Front zur Demonstration aller Arbeiterorganisationen auf. In letzter Stunde wurde die Demonstration wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung verboten. Als Begründung wurde angegeben, es beteiligten sich Organisationen daran, die nicht demonstrieren dürften. Trotz dieses Verbots fanden sich tausende Proleten aller Parteirichtungen im Volksheim ein. An den Absperrungsketten der Polizei standen nochmals Tausende, die nicht zum Stellplatz mehr konnten. Da die Demonstration von der Zeitung abgeblasen wurde, setzte sich ein großer Teil der Demonstranten nach der Oberstadt in Bewegung, verfolgt vom Gummiknüppel der Polizei. Vorweg wehte die rote Fahne des RFV. Die Erregung der Massen setzte sich mehrere Stunden lang in der Stadt fort. Eine ganze Reihe Personen wurden zwangsgestellt.

Der erste Anfang zur Einheit ist gemacht. Aus diesen Anfängen müssen gemeinsame Aktionen wachsen. Zeitz bleibt rot, das ist das Ergebnis des gestrigen Tages.

Nieder mit dem kapitalistischen System!

Es lebe die Einheitsfront des Proletariats!

Wahlaufmarsch der Parteien

Am Sonntag haben eine Reihe zentraler Sitzungen der verschiedenen Parteien stattgefunden, wo zu der jetzigen politischen Situation zur Wahl Stellung genommen wurde. Der Reichsparteiausschuß des Zentrums nahm nach einem Referat des Prälaten Kaas eine Entschließung an, in der gegen die Ausschaltung der Zentrumspartei von der politischen Mitarbeit in der Reichsregierung Protest erhoben und der Kampf „gegen Beherrschung des Staates durch einseitige Parteimacht" proklamiert wird.

Die Deutsche Volkspartei hat in der Sitzung ihrer erweiterten Parteileitung eine Entschließung angenommen, die echt nationalliberal ist. Sie stellt sich einerseits auf die Seite der nationalen Front und beschwert sich andererseits über ihre Ausschaltung bei der Regierungsneubildung. Scheinbar aber überwiegen die Tendenzen, die darauf hinauslaufen, sich in die bürgerliche Anti-Hitlerfront einzureihen.

Der Reichsausschuß der Deutschnationalen Volkspartei sprach sich selbstverständlich für die Hitler-Hugenberg-Regierung aus, denn da „der Führer" Hugenberg ihr angehört, wäre es „ihre" Regierung. Bezeichnend aber ist, daß es am Schluß der Resolution heißt: „Wir hoffen, daß die anderen (die Nazi) ehrliche Spieler sein werden („Daß du die Nase ins Gesicht behältst", sagt Onkel Brosig), daß das Sozialistische immer mehr aus dem Gedankengut der Nationalsozialisten verschwinden und das Nationale immer mehr hervortreten möge".

Die Bayerische Volkspartei solidarisiert sich auf ihrer Parteikonferenz mit der Politik des Zentrums. Gleichzeitig aber wurden verdächtigerweise Verfassungsänderungen in Bayern angekündigt. Ob das in der Richtung auf Wiederherstellung der Monarchie geht?

Die Sozialdemokratie hielt am Sonntag in Breslau ihren Parteitag für Mittelschlesien ab, auf dem Reichstagsabgeordneter Löbe referierte. Er gab die Losung aus: „Freiheitsfront gegen Harzburger Front!" Weiter erhob er scharfen Protest gegen die Verbote der verschiedenen SPD-Zeitungen, die von der Partei beim Reichsgericht angefochten würden (wird einen Wert haben!). Zum Schluß erklärte er, es sei bedauerlich, daß die Kommunistische Partei bisher nicht den Bruderzwist vergessen und sich in die proletarische Einheitsfront eingegliedert habe. (Das könnte er auch seiner Parteileitung und den vielen SPD-Parteisekretären sagen). Einstimmig wurde die Liste der früheren Reichstagskandidaten mit Paul Löbe an der Spitze wieder aufgestellt.

Die Jagd auf den kommunistischen Geist

Dessau, 6. Februar.

CNB. Der Polizeidezernent, Bürgermeister Hofmann, der der NSDAP angehört, hat mit sofortiger Wirkung folgende Bücher aus der Städtischen Bücherei entfernen lassen: Volksbuch vom großen Krieg (Kästner), Vom weißen Kreuz zur Roten Fahne (Max Hölz), Ein Prolet erzählt (Tureck), sämtliche Werke Trotzkis und Remarques „Im Westen nichts Neues". Ferner hat Hofmann ein Verzeichnis aller Bücher kommunistischen und pazifistischen Inhalts und eine Vorschlagsliste nationaler Bücher angefordert, die an die Stelle der pazifistischen und kommunistischen treten sollen.

Mandschukuo nicht anerkannt

Die Beratungen in Genf

Genf, 6. Februar.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Mitglieder des Neunzehner-Ausschusses sich ziemlich übereinstimmend dahin ausgesprochen haben, daß der Bericht an die Völkerbundsversammlung die juristische und tatsächliche Nichtanerkennung des Mandschureistaates enthalten soll und daß die Mitgliedstaaten des Völkerbundes sogar aufgefordert werden, mit dem neuen Staate nicht zusammenzuarbeiten. Weiter heißt es, daß die Nichtmitgliedstaaten, vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjetrußland, aufgefordert werden sollen, sich der Haltung des Völkerbundes anzuschließen. Als zukünftige Regelung in der Mandschurei wird ein weitgehend autonomes Staatsgebilde unter der Souveränität Chinas vorgeschlagen.

Japan-Antwort mit Kanonen

Peking, 6. Februar.

(Reuter.) Aus chinesischen Quellen verlautet, daß japanische Streitkräfte aus der Mandschurei auf drei Straßen gegen Jehol vorzumarschieren beginnen. Die Operationen gehen von Kailu, Linnan und Tschau-Jang aus. In Tungliau sind gestern nachmittag drei japanische Militärzüge angekommen, die 2000 Mann Infanterie und Kavallerie brachten, ferner zahlreiche Feldkanonen und Automobile.

Kleine Nachrichten

Bukarest, 6. Februar

In der rumänischen Industriestadt Ploesti ereigneten sich heute ernste Zusammenstöße zwischen streikenden Arbeitern und Polizei, die in Lohnstreitigkeiten bei einer Oelgesellschaft ihren Grund hatten.

Nazi-Blutrausch in Brieg

Unerhörte Terror-Akte der vertierten Nazi-Bestien

Brieg. (Eig. Bericht der „SAZ")

Am Sonntag, den 5. Februar, veranstalteten die Nazi in Brieg, zusammen mit dem Stahlhelm, eine „Siegesfeier". Vorausgegangen war am Sonnabend ein Fackelzug. Schon beim Anmarsch der auswärtiger Mordbanditen kam es wiederholt zu Zusammenstoßen. Beim Fackelzug provozierten die Nazi fortgesetzt die Arbeiter. Es kam dadurch auf dem Ringe zum Zusammenstoß mit klassenbewußten Arbeitern, die sich zum Protest in großer Zahl eingefunden hatten.

Für den Sonntag hatten die Nazioten und die Hugenberger alles herangeholt, was überhaupt möglich war. Es reichte aber nur knapp auf 2000. Auf dem Ringe große Parade und Vorbeimarsch vor dem Fememörder Heines, der auch hier wieder seine Breslauer blutrünstige Rede gegen die Arbeiterschaft hielt. Aufgeputscht durch die Brandreden Heines und des Stahlhelmführers Salzmann setzten die braunen Mordgesellen ihre Provokationen fort. Während des „Siegesmarsches" durch Brieg belästigten die Nazi die Passanten. In der Gerberstraße kam es zum gesuchten und gewollten Zusammenstoß. Der als äußerst ruhiger Mensch bekannte städtische Arbeiter und SPD-Genosse Stellmach wurde ohne Grund niedergestochen; er erhielt einen schweren Lungenstich und wurde von den Arbeitersamaritern ins Krankenhaus geschafft. Auf der Lindenstraße wurden zwei nach Hause fahrende Arbeiter überfallen und zu Boden geschlagen. Wie die Bestien schlugen die Faschisten auf die Arbeiter ein. Nach den bisherigen Feststellungen sollen etwa

15 bis 20 Arbeiter verwundet,

zum Teil schwer verletzt worden sein.

In Jägerndorf, einem stark mit Arbeiterbevölkerung durchsetzten Dorf, etwa 8 km vor Brieg, machten die Nazi vom fahrenden Auto aus einen regelrechten Feuerüberfall auf Arbeiterwohnungen. Ueber 40 Schüsse wurden von den Nazi abgegeben. Zum Glück ist durch die Schießerei niemand verletzt worden. Die aus den Häusern kommenden Arbeiter wurden von der Horde, die inzwischen abgestiegen war, angefallen. Der SPD-Genosse Graf erhielt zwei Rückenstiche und wurde von den Arbeiter-Samaritern ins Brieger Krankenhaus geschafft. Außerdem wurden eine Anzahl Arbeiter verletzt.

Der Faschismus tobt! Arbeiter von Brieg, schafft die Einheitsfront!

Achtung! Erwerbslose Holzarbeiter!

Montag, den 13. Februar, vormittags 9,30 Uhr, im großen Gewerkschaftshaussaale: Erwerbslosenversammlung. Tagesordnung: 1. Referat; 2. Wahl der Vertrauensmänner. Alle Kollegen müssen erscheinen, ohne Verbandsausweis kein Zutritt.

Gegen „Notwerk" und Arbeitsdienstpflicht

Entschließung! Die Jugendversammlung der Freien Gewerkschaftsjugend Brieg vom 2. Februar lehnt die Beteiligung an dem Notwerk der Jugend (Einrichtung von eigenen Kursen) ab. Die Jugendlichen erklären das „Notwerk" als völlig wirkungslos, die erschreckende Not der Jugend auch nur zu lindern. Sie wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht und geloben, den allerschärfsten Kampf dagegen zu führen. (Einstimmig angenommen.)

Auch Oels hatte seinen Nazirummel

Um 8 Uhr hatte Stahlhelm und Nazi den Fackelzug zu Ehren Hitler und Hugenberg angesetzt, endlich um ½10 Uhr hatte man 7—800 Stürmer beisammen aus allen Landgebieten mit Leiterwagen herzugeholt. An der Spitze der Arbeiterpartei ritt auf einem dicken Wallach der „Arbeiter" Ziegeleibesitzer Lodze aus Leuchten.

Wenn die Arbeiter von Oels zusammenkommen, dann wären mit Leichtigkeit doppelt soviel — nur aus Oels — auf der Straße aufmarschiert. Möge die Demonstration von Stahlhelm und Nazis in Oels, die sich vorher äußerst scharf in unserem Städtchen bekämpft haben und trotzdem zusammenmarschierten, ein Mahnruf an die Arbeiter von Oels sein, das Gleiche zu tun

Haussuchungen bei KPD-Genossen

In Oels wurden von der Polizei Haussuchungen bei KPD-Genossen — wohlgemerkt bei KPD-Genossen, also Mitgliedern, nicht etwa Funktionären — gemacht. Außer einigen belanglosen Broschüren wurde nichts gefunden.

Bei einigen KPD-Genossen konnte die Polizei ihre Verwunderung darüber nicht verbergen, daß so „anständige und nette Leute eingeschriebene Mitglieder der KPD seien!"

Wo mag die Polizei die Namen und Wohnungsadressen der Mitglieder herhaben?

Die KPD wird sich wohl mit der Klärung dieser Frage beschäftigen müssen.

KJV-Leiter verhaftet

Waldenburg, 5. Februar.

Wolffs schlesischer Landesdienst: „Bei Durchsuchungen von Wohnungen bei Mitgliedern der KPD, die in Gottesberg, Rothenbach, Fellhammer usw. stattfanden, wurde, wie bekannt wird, in der Wohnung des Gottesberger kommunistischen Jugendführers Ullrich Schriftmaterial aufreizenden Inhalts vorgefunden und beschlagnahmt. Ullrich soll verhaftet worden sein."

Ein neuer Naziüberfall

Volkswacht-Redakteur Reventlow schwer mißhandelt

SPD-Genosse Reventlow, Redakteur der „Volkswacht", wurde gestern nachmittag von drei Söldlingen der Heinesscharen überfallen und mißhandelt. Der Ueberfallene stürzte dabei vor die Räder eines Autobusses, der noch im letzten Augenblick anhalten konnte. (Oder haben die braunen Banditen ihn vorsätzlich und mit Ueberlegung vor den herannahenden Omnibus geschleudert?)

Ehe die Polizei hinzukam, konnten die Banditen noch recht ausgiebig auf den am Boden Liegenden einschlagen. Es sollen zwei Verhaftungen vorgenommen worden sein.

Das Großreinemachen

Ein bürgerliches Breslauer Morgenblatt meldet: „Der Kommandeur der Breslauer Schutzpolizei, Polizeioberst Schulz, der der sozialdemokratischen Partei angehört, ist vom preußischen Innenministerium telegraphisch angewiesen worden, sofort einen Urlaub anzutreten. Das bedeutet, daß dieser republikanische Beamte, der noch kein Jahr auf seinem verantwortungsreichen Posten stand, aus politischen Gründen die Leitung der Breslauer Schutzpolizei aufgeben muß. Sein Nachfolger wird natürlich ein rechtsgerichteter Mann sein. Mit der Vertretung ist Polizeioberstleutnant Höcker beauftragt worden."

Soweit das bürgerliche Blatt. Uns fiel beim Lesen dieser Notiz die Geschichte vom „Parteibuchbeamtentum" ein. Wenn man darüber etwas nachlesen will, genügt es, ältere Nummern sämtlicher nationalsozialistischer und sonstiger nationaler Zeitungen nachzulesen. — Ja, ja! „Vor Tische schrieb man anders . . ."

Frühlingswetter

Der Schnee schmilzt — Hochwasser — Eisgang

Die subtropischen Luftmassen, die auch Schlesien überzogen, hatten einen plötzlichen Witterungsumschlag verursacht. Die harte Winterkälte mußte einem lauen Frühlingswetter weichen.

17 Grad Wärme

konnte man in den letzten Tagen in Breslau an den Thermometern ablesen.

Die Schneemassen schmelzen und fließen als Wasser zu Tale. Dazu kommen die starken Regengüsse.

Ist es da ein Wunder, daß die

Oder um zwei Meter gestiegen

ist? Ist es da ein Wunder, wenn die Eisdecke der Oder in Bewegung gerät?

Die Gebirgsbäche sind zu reißenden Flüssen geworden. Von überall kommen Meldungen von Hochwassergefahr.

Vom Zacken, vom Bober, von der Neiße liegen Nachrichten vor, daß das Hochwasser bedrohlich wird. Allerorten sind Feuer- und Wasserwehren alarmiert. Man sprengt die sich hochauftürmenden und den Flußlauf versperrenden Berge von Eisschollen.

Aber auch auf der Oder haben sich Eisversetzungen gebildet. Eine stärkere Eiszusammensetzung, die durch das im Brieger Bezirk in Bewegung gekommene Eis verursacht ist, hat sich bei Treschen gebildet.

Auch hier hat die Wasserbehörde Sprengarbeiten vorgenommen, die gestern bis spät in die Dunkelheit gemacht wurden.

Sollte der Oderdurchgang durch diese Sprengarbeiten nicht genügend Luft bekommen haben, so müssen sie am heutigen Tage fortgeführt werden.

Holzbrücken über den Bober weggerissen

Sagan, 7. Februar

Nachdem durch das Tauwetter das Eis auf dem Bober wieder zum Treiben gekommen ist, kommen jetzt Meldungen über schwere Schäden. So sind die Holzbrücken zwischen Zeschau und Poydritz (Kr. Grünberg) und bei Legel, im Kreise Crossen, weggerissen worden. Der Schaden ist recht beträchtlich. Die Legeler Brücke soll zum Teil bei Bobersberg angeschwemmt worden sein. Der Notbetrieb wird jetzt durch Kähne aufrecht erhalten.

Starker Eisgang der Lausitzer Neiße

Görlitz, 6. Februar.

Infolge des in den letzten Tagen eingetretenen Tauwetters hat auf der Neiße starker Eisgang eingesetzt. Hierdurch hat sich heute vormittag an der Altstadtbrücke eine so starke Eisbarriere gebildet, daß sich das Wasser oberhalb der Brücke derart staute, daß es vereinzelt in die Keller der Anwohner der Prager Straße eindrang. Zur Beseitigung der Eisbarriere wurde die Feuerwehr alarmiert, der es gelang, diese zu beseitigen und so katastrophale Auswirkungen des Eisganges zu verhindern.

Weitere Schulschließungen wegen Grippe

Striegau, 6. Februar.

Wegen zahlreicher Grippe-Erkrankungen ist auf Anordnung des Kreisarztes die weltliche Schule in Striegau auf eine Woche geschlossen worden.

Grünberg, 6. Februar.

In Herwigsdorf wurde wegen zahlreicher Grippe-Erkrankungen die Doberr-Schule bis zum 11. ds. Mts. geschlossen.

Wegen Masern

Landeshut, 6. Februar.

Die evangelische Schule in Hermsdorf städtisch ist wegen zahlreicher Masernerkrankungen geschlossen worden.

Feuer — Brandstiftungen

Liegnitz, 6. Februar.

In Groß-Beckern brannte die zweitennige Scheune des Landwirts Karl Heusel nieder. Zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen, Stroh und Futtermittel fielen den Flammen zum Opfer. Die Feuerwehren hatten alle Mühe, ein Ueberspringen des Feuers auf die übrigen Gebäude des Gehöftes zu verhindern. Es wird Brandstiftung als vorliegend erachtet. Die behördlichen Untersuchungen sollen bereits eine bestimmte Spur ergeben haben.

Waldenburg, 6. Februar.

In Ober-Salzbrunn war in der Wohnung eines Maurers Feuer ausgebrochen, das einen Teil der Wohnungseinrichtung sowie eine Anzahl Kleidungsstücke vernichtete. Auf Grund der polizeilichen Nachforschungen ist der Maurer verhaftet und in das Waldenburger Gerichtsgefängnis eingeliefert worden, da er unter dem Verdacht steht, den Brand angelegt zu haben.

Hirschberg, 6. Februar.

In Volgtsdorf-Niederdorf war die Scheune des Bauerngutsbesitzers Hanke mit reichen Getreidevorräten und landwirtschaftlichen Maschinen niedergebrannt. Die Ermittlungen ergaben, daß Brandstiftung vorlag. Als Täter wurde der 25jährige Melker Lochmann aus Grunau verhaftet, der die Tat auch eingestand. Er hatte das Feuer angelegt, weil er glaubte, von seinem Dienstherrn ungerecht behandelt worden zu sein.

Monteur vom elektrischen Strom getötet

Im Dienste verunglückte der Monteur Prusche aus Neiße tödlich. Bei Außenarbeiten war er dem Hochspannungsdraht zu nahe gekommen und auf der Stelle getötet worden.

Für die Geschlossenheit der Partei

Bericht über die Unterbezirkskonferenz Oberschlesien vom 5. Februar 1933

Unter dem Vorsitz des Genossen Okonsky, Ratiborhammer, wurde pünktlich 10 Uhr vorm., die Unterbezirkskonferenz Oberschlesien eröffnet.

Zunächst ergriff der Genosse Oppler, Gleiwitz, das Wort und referierte über die innerparteiliche Lage. Er stellte fest, daß unten in der Mitgliedschaft durch rege Diskussion über alle politischen Fragen die allgemeinen politischen Anschauungen über die politischen und ökonomischen Grundanschauungen, sowie über die Rolle der Partei geklärt sind, es hat sich eine klare politische Linie gebildet. Trotzdem bleibt eine gewisse Erfolglosigkeit unserer bisherigen Arbeit festzustellen. Nicht zuletzt trage daran schuld die gespaltene, sich oft widersprechende Haltung des Parteivorstandes, die auf der zusammengewürfelten Zusammensetzung beruht. An Beispielen zeigt er auf, wie sich diese uneinheitliche Zusammensetzung auf die politische und organisatorische Arbeit schädlich auswirkte. Genosse Oppler spricht sich dann klar für einen, auf dem Boden der Prinzipienerklärung stehenden einheitlichen Parteivorstand aus und fordert vom Parteitag, daß die pazifistische Richtung um Küster, Kleineibst und Siemsen von der Parteileitung ausgeschaltet werde, da deren Haltung mit der Prinzipienerklärung im Widerspruch steht.

In der Diskussion spricht sich Genosse Haya, Kreuzburg, gegen die Haltung der jetzigen Parteivorstandsmehrheit aus und fordert einen schlagkräftigen, auf dem Boden der Prinzipienerklärung stehenden neuen Parteivorstand.

Gen. Fleischer, Beuthen, spricht sich für innere Parteidemokratie aus, fordert aber auch die Einhaltung der Grundsätze der Partei, er meint aber, die Prinzipienerklärung bedürfe der Abänderung.

Dann spricht Genosse Okonsky, Ratiborhammer.

Seine Haltung ist eindeutig gegen blasse Theorie, aber für blutvolle Praxis. Er fordert im Interesse der kommenden Arbeit die Beseitigung des Streites im Parteivorstand, es dürfe aber keine Vergewaltigung irgend einer Minderheit sein. Der Parteivorstand trage bis jetzt das Gesicht des ehemaligen österreichischen Doppeladlers, aber mit sich zugekehrten und sich streitenden Köpfen, die Kraft, die hier verschwendet werde, müsse der Arbeit nach außen zugutekommen. Auch er hält die Prinzipienerklärung für nichts vollkommenes, aber Disziplin muß sein, so lange sie in Kraft ist. Auch ein Parteiführer habe sich der Mehrheit in der Partei unterzuordnen. Die Redaktionen haben auf dem Boden der Prinzipienerklärung zu arbeiten. Er fordert vom Parteitag die Liquidierung des innerparteilichen Streites und die Festlegung der strategischen Linie für die kommenden Kämpfe.

Genosse Leschziner, Beuthen, spricht sich voll und ganz für die Gen. Seydewitz und Rosenfeld aus und übt eine scharfe Kritik an der Haltung der redaktionellen Leitung der SAZ. Die Haltung der P.-V.-Minderheit hält er für blasse Theorie.

Kubitzek, Ratiborhammer, stellt sich ganz hinter die Haltung des Genossen Okonsky.

Dann spricht noch einmal Gen. Oppler, weist die unsachlichen Angriffe gegen die SAZ-Redaktion zurück und spricht den Breslauer Genossen den Dank für die Erhaltung der SAZ und für die dort geleistete Arbeit aus.

Dann einigt sich die Konferenz auf eine von der Ortsgruppe Gleiwitz eingebrachte Resolution, die wie folgt lautet:

„Die oberschlesischen Mitglieder der SAP fordern vom Parteitag eine eindeutige Stellungnahme und Festlegung auf die Prinzipienerklärung der Partei und betrachten es als selbstverständlich, daß im Parteivorstand und als Parteifunktionäre nur Genossen tätig sind, die auf dem Boden der Prinzipienerklärung stehen.

Diese Stellungnahme ist durch die Entwicklung der politischen Verhältnisse und durch die Differenzen im Parteivorstand notwendig geworden, wenn die SAP ihre revolutionäre Rolle, die allein ihr Dasein rechtfertigt, in der Gegenwart und Zukunft erfüllen soll."

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen, dann wurde ebenso einstimmig Genosse Okonsky, Ratiborhammer, als Delegierter für Oberschlesien auf dem Parteitag gewählt.

Daraufhin trat man in die Aussprache über die bezirkliche Arbeit. Es wurde ein 7köpfiger Unterbezirksvorstand mit dem Genossen Oppler, Gleiwitz, als Vorsitzenden gewählt.

Die Festlegung der weiteren bezirklichen Arbeit wurde dem Unterbezirksvorstand übertragen.

Die Konferenz schloß mit der Annahme einer von Gen. Ringler eingebrachten Resolution, die sich an die Bezirksleitungen des ADGB, der SPD und der KPD wendet, mit der Aufforderung zu gemeinsamen, geeigneten Gegenmaßnahmen, gegen den planmäßigen Terror der Nazi und die, für die Kommunalwahlen gemeinsame Arbeiterlisten in allen Orten fordert.

Diese Unterbezirkskonferenz war ein Beweis, daß auch in Oberschlesien die SAP lebendig ist und ihre proletarische Pflicht erfüllt.

R. R.

11. Februar

Rote Raketen

in

BRESLAU

Rund um Landeshut

Auch hier machten die Nazis aus Anlaß der Hitlerkanzlerschaft ihren bekannten Rummel durch Fackelumzug. Etwa 150 Uniformierte Männecken zogen am Montag, den 30. Januar durch die Straßen Landeshuts mit Musik und Gesang des sogenannten Deutschlandliedes.

Die Bevölkerung, außer den Nazisumentwegen, nahm diesen Nazirummel kalt und teilnahmslos auf. Arbeiter, die sich spontan zu einem Gegendemonstrationszuge formierten, wurden, natürlich von der Polizei, mit dem Gummiknüppel bedroht.

Die KPD machte sofort am nächsten Tage eine Protestkundgebung und Demonstrationszug, an dem sich etwa 300 Arbeiter beteiligten, während die SPD, Reichsbanner und Gewerkschaft (spricht Eiserne Front) keinen Anlaß zum Protest gegen diese Faschistenregierung fand.

„Wählt Hindenburg und schlagt Hitler", so schrieb und rief man bei der Reichspräsidentenwahl mit Pathos. „Mit Thälmann oder Hitler", so lautete damals das Thema einer öffentlichen Versammlung der „Eisernen Front". D., war die bekannte Diffamierungsmethode der SPD, die sie bei solchen Anlässen gegen diejenigen klassenbewußten Arbeiter anwendet, die nicht gewillt sind, den Verrat mitzumachen.

Unser Genosse Formella hat es in der Diskussion gebührend gekennzeichnet, indem er die logische Schlußfolgerung daraus zog und feststellte, daß die SPD damit wahrscheinlich zeigen will, daß sie indirekt für Hitler eingenommen ist, was sie mit der Wahl Hindenburgs auch praktisch beweise. Hindenburg wird, nachdem er gewählt ist, Hitler zu seinem Kanzler machen und die Notverordnungen akzeptieren, die Hitler gegen die Arbeiterschaft erläßt. Die in Fanatismus erstarrte gläubige Anhängerschaft der SPD kam durch diese Feststellung aus ihrer spießerischen Ruhe, aber nun ist der Fall so eingetreten, und wer hat Recht behalten? — Wird der Faschismus durch Hindenburg oder durch den geschlossenen revolutionären Kampf der gesamten Arbeiterklasse geschlagen? Die erste Frage ist entschieden und die zweite ist zu Durchführung zu bringen. An der Mitgliedschaft der SPD und KPD wird es liegen, daß die geschlossene Abwehrfront gerade in dem Industriestädtchen Landeshut sich formiert, ehe es zu spät ist.

Wie steht es in Betrieben?

Die Textilfirma Hamburger hat durch die verlockende Papen-Schleicher-Prämie etwa 130 Arbeiter neu eingestellt, indem sie die Arbeitszeit von bisher 40–44 auf 34 Stunden wöchentlich reduzierte. Also erfolgte die Neueinstellung zunächst auf Kosten der im Betriebe Beschäftigten, und was verdient der Weber in dieser Zeit? Nun, ein gut eingearbeiteter Weber kommt bei guter Ware, wenn es gut geht, etwa auf 14 RM wöchentlich heraus. Bei schlechter Ware höchstens auf 8–9 RM. Einer aber, der schon jahrelang erwerbslos gewesen ist, kommt bei diesem System gar nicht mit und kann daher höchstens 5–8 RM verdienen. Von diesen Neueingestellten haben daher eine große Zahl die Arbeit wieder aufgeben müssen. Die Nazis sind propagandahalber beim Direktor der Firma um einen Auszug des Durchschnittslohnes vorstellig gewesen, der Direktor gab 17 RM wöchentlich an, was die Nazis großspurig sofort in ihrem Käseblättchen veröffentlichten. Da dies aber nicht stimmte, ist der Betriebsrat beim Direktor sofort vorstellig geworden und verlangte nun den Lohn, den er den Nazis angegeben hatte.

Bei der Firma Rinkel sprach am 23. Januar die RGO-Agitatorin Franz aus Breslau während der Mittagspause im Speisesaal zu den Arbeitern. Die Firma hat darauf den Zutritt betriebsfremden Arbeitern gesperrt. Die Betriebsarbeiter sind dadurch insofern geschädigt worden, als die nicht im Betrieb beschäftigten Angehörigen, die während der Mittagpause im Speisesaal gegessen haben, nunmehr nicht mehr hinein durften. Diese Härte wurde durch Eintritt des Betriebsrates wieder aufgehoben und nur bei Vorzeigung von der Firma herausgegebener besonderer Zutrittsmarken gestattet.

Die Schuhfabrik Rosenstein u. Preiauer hat ihre Stillegung aufheben müssen und den Betrieb wieder eröffnet. Die Firma Grünfeld hat Stillegungsantrag gestellt nachdem sie kurz vorher dreischichtig arbeiten ließ. Sie läßt noch kurz arbeiten. In Spinnerei Rinkel ist die Arbeitszeit von 44 auf 32 und 40 Stunden gekürzt. Natürlich hat die Firma das Recht, nach Belieben länger arbeiten zu lassen. So sieht die Wirtschaftsankurbelung in Landeshut aus und das wird unter Hitler noch schlimmer kommen; darum kampfbereit!

Ihr Kind ermordet?

Frankenstein, 6. Februar.

In Kamenz wurde der 26 Jahre alte Arbeiter Franz Thomalla und seine 22jährige Ehefrau Rosa von der Landjagerei festgenommen und dem Untersuchungsrichter in Glatz zugeführt. Sie stehen im dringenden Verdacht, ihr drei Monate altes Töchterchen gemeinschaftlich ermordet zu haben. Die Leiche des Kindes wird am Montag seziert werden, um die Todesursache festzustellen. Dem Vernehmen nach soll der Tod durch Ersticken eingetreten sein. Die Familie Thomalla war erst vor kurzer Zeit aus Berlin in Kamenz zugezogen.

Breslauer Volksbühne, e. V.

Bei der Kasperle-Vorstellung der Breslauer Handpuppenspiele, die im Rahmen der Sonderveranstaltungen der Volksbühne am Mittwoch, den 8. d. Mts., 4½ Uhr, im Schiedmayer-Saal, Karlstraße 48/49, stattfindet, gelangt das Spiel „Der Lügenhansel" zur Aufführung. — Eintrittskarten für Mitglieder zum Einheitspreis von 30 Pfg., für Nichtmitglieder zum Preise von 50 Pfg., in der Geschäftsstelle, Schweidnitzer Str. 8a, und an der Saalkasse.

Kleine Sportnachrichten

Freie Sportvereinigung 1897. Am Sonnabend, den 11. Februar, findet um 20 Uhr in unserm Vereinslokal bei Klante, Hochstr. 7, die Monatsversammlung statt.

Freie Vereinigung Alter Breslauer Athleten. Um die Freunde des Arbeiterkraftsports, die früher irgend einem Athleten-Verein angehört haben, zwecks Förderung der Bewegung zusammenzuschließen, ist geplant, diejenigen über 40 Jahre alten Breslauer Athleten, die noch heute Interesse für die Schwerathletik bzw. Ringen und Gewichtheben nebst den übrigen Sparten haben, zu einer freien Vereinigung aufzufordern. Die Gründungsversammlung findet am Sonntag, den 12. 2., um 10 Uhr vormittags im Restaurant Klante, Hochstr. 7, statt. Anfragen und Anmeldungen sind an den 1. Vors. der Freien Sportvereinigung 1897, Franz Christoph, Nikolaistadtgraben 17, zu richten.

Freie Kanus-Vereinigung Breslau e. V.: Mittwoch, den 8. 2., 20 Uhr, Vorstandssitzung im Radlohelm. Freitag, den 10. 2., 20 Uhr, Mitgliederversammlung Paradiesstr. 17. Ein Lichtbildervortrag findet statt.

Werbt Abonnenten

Organisations-Nachrichten

Bezirk Mittelschlesien

Sekretariat Breslau, Gartenstraße 21, III
Telephon 567 68

An alle Mitglieder! Wegen großer Schwierigkeiten bei der Postzustellung müssen in Zukunft alle Zusendungen an die Soz. Arbeiter-Partei, Ortsgruppe Breslau, und die Soz. Arbeiter-Partei, Bezirk Schlesien, gesandt werden mit der Anschrift Max Rausch, Breslau, Gartenstr. 21. Postsendungen mit einer anderen Anschrift werden nicht bestellt.

Achtung Distriktsführer! Montag, den 13. und Dienstag, den 14., sind die allgem. Distriktsversammlungen für den Monat Februar durchzuführen. Lokale sind sofort dem Parteibüro zu melden.

Erweiterte Vorstandssitzung: Mittwoch, den 8., bei Torchalla, Gellhornstr. 21.

Parteischule: Donnerstag, den 9., im Heim, „Sonnenstraße 39. Ref.: Gen. Eckstein.

D. 38: Distriktsversammlung Dienstag, den 7., bei Nickel, Opitzstr. Red.: Klose. Funktionäre eine Stunde früher.

SAP Oels, Frauenabteilung: Donnerstag, den 9. 2., 20 Uhr, im Volkshaus, Gr. Feldstr., Frauenabend. Es spricht Dr. med. N. Neufeld über Sozialistische Medizinalpolitik. Alle Genossinnen werben rege für diesen Abend und bringen Bekannte mit.

Sozialistische Arbeiterhilfe! Donnerstag, den 9. 2., 18 Uhr, Vorstandssitzung im Büro.

Veranstaltungsgruppe der PKG. Die Probe findet nicht Donnerstag, sondern Mittwoch, 19.15 Uhr, bei Pelgentreu statt.

Arbeitsausschuß der PKG. Heute, Dienstag, 18.30 Uhr, im Sekretariat.

Antimilitaristische Jugend Breslau (Konrad Mitschke, 23, Bunsenstr. 20). **Betr. Jugendkundgebung gegen Miliz und Wehrpflicht am 2. März.** Auf unsere Aufforderung vom 29. 1. hin haben wir eine Reihe von Zusagen erhalten. Leider haben sich bisher unter anderen die sozialistischen Jugendverbände noch nicht gemeldet. Es hat fast den Anschein, als wüßten sie nicht, worum es geht und was eine Kundgebung über alle Parteien hinweg und über die „historischen" Grenzen von Proletariat und Bourgeoisie hinaus für den Gegner bedeutet! — Wir rufen also nochmals zu einer Besprechung im Anschluß an unseren Diskussionsabend am Donnerstag, den 9. Februar (also etwa gegen 22 Uhr), im Heim Merckelstr. 2 (an der Hubenstr., Hofgebäude, I. Stock) auf und erwarten endgültige Stellungnahme: 1. über die Beteiligung der Organisationen, 2. über den Referenten jeder Organisation, und 3. über die Anzahl der Karten für den Vorverkauf. — Es wird gebeten, die Vertreter, die uns nicht schon von Person bekannt sind, mit einem Ausweis ihrer Organisation zu versehen.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H., Breslau; Lohndruck Th. Schatzky A.-G., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Expedition: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 5, Gartenstr. 21. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto-Nr. 102 92.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Redaktion: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telephon 206 02.

STADTTHEATER
Dienstag, 19.30—gegen 23. Abonn.-Vorst. E 10
Die Fledermaus
Mittwoch, 19.30—Ende 23. Abonn.-Vorst. F 10
Die Hochzeit des Figaro
Donnerstag, 20—22.30
Friedemann Bach

LOBETHEATER
Täglich 20.15—22.15
Donna Diana
Lustspiel von Moreto

GERHART-HAUPTMANN-THEATER
Täglich 20.15—22
Die Wölfe
Drama von Romain Rolland

Heute Dienstag, 20 Uhr
Gr. Konzerthaussaal
Brahms-Fest
d. Schles. Philharmonie
Ein deutsches Requiem
Karten in der Geschäftsstelle und Abendkasse.

Circus Schneider
im Circus Busch-Gebäude
Tel. 291 ..
Täglich 2× 4.00 u. 8.15 Uhr
100 Quo vadis Löwen
u. 20 Attraktionen
nachm. abends **30** ₰ bis 1.25 2.00
Vorverk.: Circuskasse Barasch, Wertheim u. Kassenwag. Torwache

Der Niedergang des deutschen Kapitalismus
von Fritz Sternberg
Ladenpreis 9 Mark
Genossen u. Genossinnen der SAP erhalten nach wie vor das Werk für 4.50 Mk. Niemand versäume diese günstige Kaufgelegenheit. Bestellungen an die Geschäftsstelle der SAZ, Breslau 5, Gartenstr. 21

NACHRUF!

Unser lieber Genosse

Alfred Taubennest

ist am Donnerstag, den 2. Februar, einem bedauerlichen Betriebsunfall, der seinen schnellen aber qualvollen Tod verursachte, zum Opfer gefallen.

Wir verlieren in ihm einen wackeren Kämpfer unserer Bewegung und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Turnverein Vorwärts Rotschau
Sozialistische Arbeiter-Partei
Ortsgruppe Rotschau
Sozialistischer Schutzbund
Ortsgruppe Rotschau

Der Leser der SAZ kauft bei:

ZENTRUM

Möbel Max Melnik, Ohlauerstr. 53/54

Kauft bei Blasse! Blasse ist billig!
Kaufhaus **Blasse** nur Graupenstr. 6/10

Wände- und Deckenreinigung
mit „Wandon" führt aus
Tapetenhaus Ursulinerstraße Nr. 7a
Inh.: O. Kleiner, Tel. 212 85, z. Selbstverarb. „Wandon" Pfd. 70 Pfg.

Genossen! Unterstützt mein Unternehmen. Ich gewähre Euch 8% Rabatt
Wolf Fischer - Schuhe und Lederwaren
Reuschestraße 50 (rechts vom Königsplatz)

Genossen! **Fleisch- u. Wurstwaren**
nur bei
Reinhold Reichelt
Neumarkt 14

Richard Pusch
Ritter-Drogerie
Messergasse Nr. 37
DROGEN - FOTO

Schuh-Reparaturen
nur
Schuh-Hilfe, Breite Str. am Neumarkt
Fachmännische Leitung

Wo kauft man seine Ledersohlen?
Bei **Gutsche — Überall** empfohlen!
Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33
Bekannt leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfsartikeln!
Gräbschener Straße 19/21 · Bohrauer Straße 43 · Poststraße 7 · Moltkestraße 14

Besucht das „Prolefon"
Arbeiter-Sport-Kartell

OSTEN

8% **M. Kricke** 8%
Kolonialwaren — Weine — Tabake
8% Löschstraße 17 8%

Bäckerei, Konditorei **Bruno Gucke!**
Margaretenstraße 15
empfiehlt sich bestens.

PAUL RUDOLPH
Brüderstraße 45 Ecke Palmstraße
Edeka-Laden · Kolonialwaren · Weine · Spirituosen

Zigarren · Zigaretten · Tabake
Kl. Tschansch, Karl-Marx-Str. 12 **Paul Fleischer**

Erich Freitag
Karl-Marx-Str. 38
Edeka-Geschäft · Kolonialwaren
Spirituosen · Weine
Tabake · 8%

Kauft den Arbeiter-Kalender „Roter Pionier" Preis 50 Pfg.

Joh. Hammerling
Grünstraße 15, Ecke Palmstr.
Edeka-Geschäft Kolonialwaren / Weine / Spirituosen

Josef Thomas
Inh.: Johannes Heisig / Mauritiusplatz 1/2
Edeka-Geschäft :: Kolonialwaren :: Feinkost

Leserinnen und Leser der SAZ!
Schneidet untenstehende Kupons aus!
Tragt sie bei Euch!
Gebt sie in den Geschäften ab!
Ihr unterstützt damit Eure Zeitung und ermöglicht Ihren Ausbau.

Genossinnen und Genossen, gebt bei Euren Einkäufen untere Kupons in den Geschäften ab

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21. Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21. Tel. 206 02 u. 56768 und kaufen nur bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21. Tel. 206 02 u. 56768 und kaufen nur bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21. Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21. Tel. 206 02 u. 56768 und kaufen nur bei unseren „Inserenten"

Ein neuer „Potemkin“

Eingeborene Mannschaften entführen ein holländisches Panzerschiff — Holländisches Geschwader zur Verfolgung aufgebrochen — Ernste Lage in Niederländisch-Westindien

Amsterdam, 6. Februar

Aus Batavia wird gemeldet, daß auf dem auf der Reede von Oleoleeh (Nordsumatra) liegenden Panzerschiff „De Zeven Provincien“ die eingeborene Besatzung mit aufgepflanztem Bajonett in Abwesenheit des Kommandanten und eines Teiles des Stabes am Sonnabendabend neun an Bord befindliche Offiziere gefangennahm und dann mit dem Schiff in der Nacht zum Sonntag die Reede verließ

Ergänzende telegraphische Meldungen aus Niederländisch-Indien besagen, daß die Meuterei in der vergangenen Nacht um 2 Uhr ausbrach. Alle Militär- und Zivilbehörden auf Sumatra und Borneo wurden sofort von der Meuterei in Kenntnis gesetzt und haben überall besondere Maßnahmen für den Fall ergriffen, daß der Panzerkreuzer in einem Hafen einlaufen sollte. Der Kommandant des Schiffes begab sich mit dem übrigen Teil der Besatzung an Bord des Regierungsdampfers „Aldecarten“, mit dem die Verfolgung des Kreuzers aufgenommen wurde.

Ein zur Zeit an der Südspitze der Insel Celebes manövrierendes Geschwader hat seine Uebungen sofort abgebrochen und sich auf die Suche nach den „Meuterern“ gemacht.

Die Vorgeschichte des Aufstandes

Die direkten Ursachen des Aufstandes der holländischen Matrosen sind bereits älteren Datums. Bereits Ende Dezember weigerten sich 700 Matrosen, als Protest gegen die beabsichtigte Soldkürzung, an Bord zu gehen. Sie hielten in Surabaja eine Protestversammlung mit dem Erfolg ab, daß die Soldkürzung bis zum 1. Februar hinausgezögert wurde. Ende Januar kam es dann erneut zu einem Aufstand von 425 eingeborenen Mannschaften. Die Aufständischen wurden aber überwältigt und sollten dieser Tage vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Doch ehe der Prozeß stattfinden konnte, kam es nunmehr auf dem Panzerkreuzer „De Zeven Provincien“ erneut zum offenen Aufstand.

Nach Surabaja unterwegs

Amsterdam, 6. Februar.

Meldungen aus Niederländisch-Indien zufolge kreuzt der Panzerkreuzer „De Zeven Provincien“ zur Zeit längs der Westküste von Sumatra. Das Schiff manövriert bemerkenswert geschickt. An Bord befinden sich insgesamt 171 Javaner und 68 andere Eingeborene (Ambonesen und Menadonesen), dazu die gefangengesetzten weißen Offiziere, die von der Mannschaft offenbar als Geiseln verwendet werden sollen. Die Meuterer haben drahtlos bekanntgegeben, daß sie sich mit dem Schiff auf dem Wege nach dem Flottenstützpunkt Surabaja befinden.

Die auf dem Panzerkreuzer ausgebrochene Meuterei hat in ganz Holland gewaltiges Aufsehen hervorgerufen. Auch in Regierungskreisen empfindet man die Vorfälle an Bord der „De Zeven Provincien“ als eine sensationelle Ueberraschung, auf die man trotz der Meldungen über

eine starke Beunruhigung bei der niederländisch-indischen Flotte

über die wiederholten Besoldungskürzungen nicht vorbereitet war.

Im Ministerium für Landesverteidigung betrachtet man die Meuterei als außerordentlich ernst.

In holländischen Marinekreisen bezeichnet man es als unbegreiflich, daß es den eingeborenen Matrosen ohne die Mitwirkung von europäischen Offizieren oder Unteroffizieren gelungen sein soll, ein so großes Kriegsschiff wie die „De Zeven Provincien“, das ca. 5650 Tonnen mißt, in See gehen zu lassen.

Schwere Unruhen auf dem Lande

Aus Surabaja selber werden weitere Verhaftungen widerspenstiger Matrosen gemeldet.

In Den Helder, der Flottenbasis in Holland, wurden unter den hier stationierten Mannschaften Flugschriften verbreitet, die zur Massenempörung auffordern. Die Flugschriften sind unterzeichnet mit „Der Soldatenausschuß“ und endigen mit

„Es lebe die Weltrevolution“.

Die Marinebehörden in Den Helder beurteilen die Meuterei in Niederländisch-Indien weit ernster als die Meuterei, die seinerzeit auf der englischen Flotte bei Invergordon stattfand. Das meuternde Schiff stehe außerhalb jedes Gesetzes und könne von jedem fremden Kriegsschiff in den Grund gebohrt werden, weil es als Seeräuberschiff gelten müsse.

Die Meuterei würde mit allen Mitteln unterdrückt werden, nötigenfalls dadurch, daß man auf das Schiff einen Torpedo abschieße.

Aus Niederländisch-Westindien werden revolutionäre Unruhen berichtet. Die Gärung unter dem Kuli-Proletariat von Surinam, die man am 2. Februar bereits unterdrückt glaubte, ist wieder aufgelebt. Demonstranten versammelten sich vor dem Regierungsgebäude des Gouverneurs in Paramaibo, um die Freilassung des gefangen gesetzten Führers de Kom zu fordern. Die Bewegung zielt auf den Sturz der Kolonialregierung ab.

*

In dem holländischen Schlachtschiff der westindischen Marine ist ein neuer „Panzerkreuzer Potemkin“ erstanden. Die Empörung unter den Eingeborenen, unter den farbigen Proletariern, Kulis und Soldaten, die bisher nur als Funke unter der Decke der kolonialimperialistischen Unterdrückung geglimmt hat, ist plötzlich zur Flamme emporgelodert.

Dieser Aufstand auf dem Panzerkreuzer „De Zeven Provincien“

ist ein sichtbares Zeichen der allgemeinen Gärung und Revolutionierung unter dem farbigen Proletariat

Gewiß, es ist durchaus möglich, daß man diesen Aufstand mit allen Mitteln der Gewaltherrschaft unterdrücken wird. Dieser Blutterror wird den weißen Kolonialherren und kapitalistischen Ausbeutern aber nichts nutzen.

Auf die Heldenepisode eines „Panzerkreuzer Potemkin“ ist nach den Tagen der Reaktion und der Unterdrückung ein „Oktober“ gefolgt.

Auch die Befreiungsstunde des farbigen Völker und des farbigen Proletariats wird bald schlagen. Auch die farbigen Proleten des Ostens werden sich ihren „Oktober“ erkämpfen.

Furchtbares Explosionsunglück

Bisher acht Todesopfer, Hundert Verletzte

Paris, 6. Februar.

Eine schwere Explosionskatastrophe ereignete sich heute in der Elektrizitätszentrale der Automobilfabrik Renault in Billancourt bei Paris. Wie das Innenministerium amtlich bekanntgibt, sind bisher acht Tote geborgen worden. Die Fabrik schätzt die Zahl der Verletzten auf dreißig. In anderen Schätzungen hört man aber bedeutend höhere Ziffern.

Die Explosion hat außerordentlich große Verwüstungen angerichtet. Alle Zeugenaussagen stimmen darin überein, daß man plötzlich einen Knall wie einen Kanonenschuß hörte und daß ein Regen von Glassplittern und Eisenteilen niederstürzte. Ueber die Ursache des Unglücks ist bisher noch nichts Genaues bekannt.

Ein Augenzeuge berichtet:

Um Punkt 10.40 Uhr vormittags hörten die zahlreichen Arbeiter, die in den umfangreichen Renault-Betrieben am Ufer der Seine in Billancourt arbeiteten, ein heftiges Explosionsgeräusch. Die Alarmsirenen des Betriebes ertönten unmittelbar danach. Die Sanitätsmannschaften und die Aerzte des Betriebes eilten zur Werkstatt 17 unmittelbar am Fluß. Plötzlich explodierte das Dach (!) des etwa 100 Meter langen und 20 Meter breiten Raumes, stürzte zusammen und

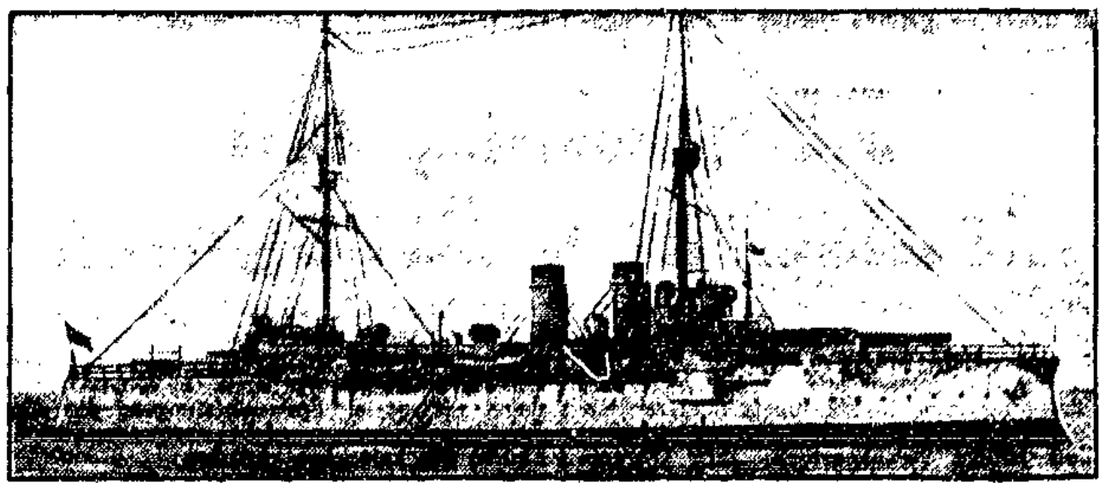
begrub über 100 Arbeiter,

die in diesem Teil des Betriebes beschäftigt waren. Es gelang mit Hilfe der sofort alarmierten Feuerwehr der Nachbarviertel, die Toten und Verwundeten aus den Trümmern zu befreien und in die nächsten Krankenhäuser zu schaffen. Unter den Trümmern lagen vier Tote, vier weitere Arbeiter starben entweder auf dem Transport oder bald nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus.

Es entstand in einer Anzahl von Werkstätten eine Panik. Eine gerichtliche Untersuchung ist bereits eingeleitet worden.

Amtlich verlautet:

Die bereits gemeldete Katastrophe in Billancourt entstand durch Explosion eines Kessels in einer Elektrizitätszentrale der Automobilfabrik. Das Dach des Gebäudes wurde vollständig zerstört. Infolge der Gewalt der Explosion flogen einige schwere Eisenstücke auf das Dach einer benachbarten Werkstatt, in der 100 Arbeiter beschäftigt waren. Das Dach stürzte ein und begrub die Arbeiter unter sich. Die Feuerwehr hat bereits sechs Leichen geborgen. Die Zahl der Verletzten wird weiter mit 100 angegeben.



Der holländische Panzerkreuzer „De-Zeven-Provincien“

Ein Toter bei einer Kesselexplosion

Altenburg, 6. Februar.

Auf dem Herzog-Ernst-Schacht der Anhaltischen Kohlenwerke ereignete sich eine Kesselexplosion. Dabei erlitt der Reserveheizer Schneider schwere Verbrennungen, an denen er im Knappschaftskrankenhaus in Halle verstarb. Außerdem wurde der Schlosser Ziesche durch den Luftdruck von einem Mauerwerk herabgeschleudert. Er trug einen Beinbruch davon. Die bergpolizeiliche Untersuchung ergab, daß ein Kesselflammrohr geplatzt und dadurch der Unfall entstanden war. Wie die Anhaltischen Kohlenwerke mitteilen, tritt eine Stillegung des Betriebes nicht ein.

Marcia Reale

Novelle von Andreas Latzko

Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten
Copyright 1932 by
Malik-Verlag, Berlin

3)

Zuversichtlich klinkte er ein, begann, in der Türe schon, ganz gefaßt und sicher sein Anliegen vorzutragen: „Kein Quartier für die Nacht“ — — Weiter kam er nicht. Der Juwelier sah durch das Fenster die Straße schon menschenleer. Sein Kommis war im Theater, den Hausdiener hatte er in den Hof hinausgeschickt, die Werkstätte abzusperren — es war keine anheimelnde Situation: beide Hände voller Edelsteine einem Strolche gegenüberzustehen. „Hier wird nicht gebettelt!“ rief er barsch, „machen Sie, daß Sie fortkommen!!“

Das brachte Pasquali durchaus nicht um seine Sicherheit. Fast hätte er gelächelt. Es war ja nur ein Mißverständnis! Er bettelte ja nicht! Er brauchte bloß zwei Lire, nichts als zwei Lire, um mit einem Teller heißer Suppe im Leibe auf einem Strohsack sich ausstrecken zu können, ein Dach über dem Kopf, das den Regen auffing. Er trat einen Schritt näher und erklärte besänftigend: „Zwei Lire bis morgen früh, dann finde ich schon Arbeit im Hafen. Zwei Lire nur, mein Herr, fürs Nachtquartier!“

Der Juwelier maß erschrocken die verminderte Distanz, lauschte nach dem Hof, und verfiel auf eine Kriegslist, als die Schritte des Dieners noch immer nicht nahen wollten. „Giuseppe“, herrschte er hinter den roten Plüschvorhang, „holen Sie schnell die Karabinieri!“

Nun verschwand der verbindliche Zug aus dem Gesichte Pasqualis, seine Mundwinkel verzogen sich, wie bei einem Kinde, das sich zum Weinen anschickt. Aber er konnte es noch immer nicht für Ernst halten, daß es wirklich die zwei Lire waren, die ihm verweigert wurden! Seine Augen tasteten verzweifelt über den Märchenreichtum, der da aufgehäuft lag, und der wilde, verkrampfte Wunsch krallte sich ihm in's Gehirn: den Hunger, sein ganzes Elend, seine Bedürftigkeit irgendwie genau so handgreiflich sichtbar vor den Juwelier hinzulegen, wie dieser seine Edelsteine auf schwarzen Samtkissen in Händen hielt. Rasch, rasch, mußte das geschehen — — er wußte nur nicht, wie er es anfangen sollte — — fühlte, daß alles darauf ankam, das richtige Wort zu finden — — ging unbewußt noch näher an den zitternden alten Mann heran, und legte die Hand an den Unterleib, als könnte er seinen Magen öffnen, und den Hunger zappelnd zwischen zwei Fingern vorzeigen. „Drei Tage keinen warmen Bissen, Herr! — — Zwei Lire nur“ — flehte er inständig, und wiederholte die Bitte hastig dreimal, voller Angst, hinausgeworfen zu werden, ehe man ihn richtig verstanden hatte.

Der Kaufmann war bis an den roten Vorhang zurückgewichen und hätte in dieser Minute ganz andere Summen geopfert, um die Gefahr aus dem Laden zu haben. Als aber die Glastüre auf dem Hof endlich knarrte, da war diese Schwäche sofort vergessen, und er wiederholte mit zornfunkelnden Augen, diesmal im Ernst, den Befehl: „Giuseppe, holen Sie sofort die Polizei!“

Pasquali fand nunmehr die Zeit, wehmütig den Kopf zu schütteln. Das war ja Unsinn! — Was sollte die Polizei gegen seinen Hunger? Aber er gab den Versuch auf, sich verständlich zu machen, lief auf die Straße, so betäubt von seinem Unglück, daß er nicht die Geistesgegenwart hatte, in eine der finsteren Nebengassen einzubiegen. Nicht das Gefängnis schreckte ihn, gegen den gottvermaledeiten Regen, der in dicken Wassersäulen niederklatschte, wäre auch die Zelle erwünschter Schutz gewesen. Was ihn jagte, war die Erinnerung an den mit Beulen und Striemen besäten Körper eines Handwerksburschen, der sich im Wirtshaus das Hemd ausgezogen hatte, um seine Erlebnisse mit der Hafenpolizei von Genua zu illustrieren.

Atemlos, bis zum Bersten gefüllt mit Erbitterung, suchte der Erschöpfte, vom Hunger zermürbte Pasquali eine Erklärung für das unverständliche Verhalten des Juweliers. Der Mann war offenbar zu reich, dachte wahrscheinlich, der „Bettler“ werde jetzt ohne die zwei Lire „heimgehen“, wie ein Ladenbesitzer, dem ein Verkauf mißlang. Es war ja nicht so leicht, sich einen Menschen vorzustellen, für den es auf der ganzen Welt nicht einmal eine Stalltüre gab, die er von innen hatte schließen können. Was wußten all die Menschen, die in diesen sorgfältig verschlossenen Häusern wohnten, was das hieß: alle Türen, die es gab, gegen sich zu haben, und keine einzige zu seinem Schutz! Die hohen, schmiedeeisernen Tore der alten Paläste sperrten die Straße so recht wie einen Käfig ab, und der arme Pasquali lief daran vorbei, wie ein Raubtier, das auf die Fütterung wartet. Vom Hunger gepeitscht wäre er so bis an den Rand der Stadt gerannt, hätte nicht eine höhnliche keifende Frauenstimme ihn zum Stehen gebracht und ernüchtert aufblicken lassen.

Er sah eine Zofe mit weißer Haube, um die Schultern ein kariertes Tuch, dessen Zipfel sie zornig gegen den Wind verteidigte, ihre Aufmerksamkeit geteilt zwischen diesem Kampfe und einem Hündchen, das sie vergebens in das Haus zurückrief. Sie pfiff, schlug sich zornig auf die Schenkel, gab allerhand Lockläute von sich und ließ den zärtlichsten Kosenamen die schlimmsten Scheltworte folgen.

„Pierrino! Wirst du herkommen, elender, verfluchter Köter! — — Komm, komm, mein Liebling!“ — — Und immer, wenn sie sich zu weit vorgewagt hatte, fuhr sie wieder erschrocken unter das Haustor zurück, in den Hals getroffen von dem eisigen Regen.

Pierrino machte die Sache offenbar Spaß. Er war froh, frische Luft zu schöpfen, galoppierte davon und raste kläffend zurück, ohne sich um Vorwürfe und Bittgesuche zu kümmern. Sein warmes Plätzchen oben, in den hell erleuchteten Räumen, war ihm sicher. Warum sollte er sich nicht nach Herzenslust austoben? Wer sich da drin geborgen wußte, in diesem herrschaftlichen Hause, mit weichem roten Teppich auf den Marmorstufen, konnte sich's erlauben, mit dem Regen sein Spiel zu treiben! — —

Pasquali starrte neidisch in die Torfahrt und überlegte gerade, ob er es nicht versuchen sollte, hinter dem Mädchen hineinzuschlüpfen — — als von der gegenüberliegenden Seite der Straße jemand höhnisch herüberrief: „Lassen Sie doch den dummen Pierrino, schöne Signorina! Erlauben Sie mir, daß ich mich auf sein Kissen lege, der Teufel soll mich holen, wenn ich mich zweimal rufen lasse!!! — — Ein gewöhnlicher Christenmensch ist am Ende auch nichts Schlimmeres als ein Hund!“

Cesare Pasquali vergaß für einen Moment seinen Hunger. Wie Branntwein prickelte ihm dieser Spott durch die Adern, er hätte dem Unbekannten die Hand schütteln mögen für den Zuruf, der endlich in Worte goß, was ihn fast ersticken machte vor Erbitterung. Die Zofe faßte die Ansprache ganz anders auf. Sie würdigte den frechen Strolch keines Blickes, solange er jenseits des Fahrdammes stehen blieb. Als sich der Mann aber anschickte, zu ihr herüberzukommen, sprang sie erschrocken in die Einfahrt hinein, behielt die Klinke in der Hand und schrie mit dem Fuße stampfend: „Pierrino! Ich lasse dich draußen, wenn — —“

„Das werden Sie bestimmt nicht tun, Signorina“, kicherte der Mann, dem Dialekt nach zweifellos ein Sizilianer. „Schauen Sie nur uns arme Teufel an, wie der Regen aus unsern Kleidern trieft. Ihre Herrschaft könnte kein Auge schließen heute Nacht, wenn sie Pierrinos zarten Pelz in solchem Zustand wüßte!“

Das Mädchen war den Blicken des Fremden gefolgt und stieß einen leisen Schrei aus, als es bemerkte, daß der gefährliche Mensch nicht ohne Grund in der Mehrzahl sprach, sondern einen Spießgesellen bei sich hatte, der schon auf wenige Schritte herangeschlichen war. Zum Glück fand auch Pierrino die beiden Zuschauer ungemütlich, er sprang ins Haus, so daß die Magd das Tor zuschlagen konnte, ehe den Strolchen Zeit blieb, ihr an den Leib zu rücken.

Als Hund und Mädchen verschwunden waren, unterzogen sich die beiden neuen Bekannten zunächst einer stummen Musterung. Der Sizilianer zuckte die Achseln: „Nun ja“, meinte er, „einen Hund jagen sie nicht auf die Straße bei solchem Wetter, das ist schon richtig. Aber ein Mensch, der kein Geld in der Tasche hat? Das ist was anderes! — Hast du schon was in Aussicht für die Nacht?“

(Fortsetzung folgt.)

Rüstet zu den Betriebsräte-Wahlen!

Wahltermin 20. bis 31. März

Für Rheinland-Westfalen haben nach einer Veröffentlichung im „Deutschen" die Vorstände der freien, christlichen und hirschdunckerschen Gewerkschaften eine Vereinbarung zwecks einheitlicher Durchführung der Betriebsratswahlen in der Zeit vom 20. bis 31. März getroffen.

Die Abmachung lautet:

Folgende Abmachungen und Termine sind daher seitens der Betriebsräte und der übrigen an der Durchführung der diesjährigen Betriebsratswahlen Beteiligten zu beachten:

I. **In allen Betrieben** findet spätestens bis Montag, den 20. Februar 1933, eine Betriebsratssitzung statt mit folgender Tagesordnung (wobei die Reihenfolge zu beachten ist):

1. Wahl eines Wahlvorstandes und dessen Vorsitzenden gemäß § 23 BRG.
2. Rücktritt der Betriebsvertretung.

In allen Betrieben, in denen die Wahlperiode mit Ende März nicht abläuft, werden die Betriebsratsmitglieder und Ersatzleute aufgefordert, ihr Amt niederzulegen, um die Neuwahl zu dem vorgesehenen Termin vom 20. bis 31. März 1933 zu ermöglichen (§ 39 BRG.).

Zu dieser Sitzung ist ordnungsmäßig, rechtzeitig und schriftlich, unter Angabe der Tagesordnung, zu laden. Ueber die Beschlüsse ist regelrecht abzustimmen. Das Ergebnis der Abstimmung einschließlich des Stimmverhältnisses ist protokollarisch festzulegen (§ 33 BRG.).

II. **Am Tage nach der Betriebsrätesitzung** wird in allen Betrieben, in denen die Betriebsräte und Ersatzleute zurückgetreten sind, dieser Rücktritt der Werksleitung schriftlich mitgeteilt. Zugleich erfolgt schriftliche Mitteilung an den Arbeitgeber über die erfolgte Bestellung des Wahlvorstandes unter Nennung von dessen Vorsitzenden und Mitgliedern (§ 23 BRG.).

Endlich wird der Werksleitung noch bekanntgegeben, daß der zurückgetretene Betriebsrat gemäß § 43 BRG. bis zur Bildung des neuen Betriebsrates im Amte bleibt.

III. **Am Montag, 27. Februar 1933,** wird an den gesetzlichen Vorschriften entsprechendes Wahlausschreiben erlassen (§ 3 der Wahlordnung).

IV. **Gemäß den Beschlüssen** der Spitzenorganisationen sollen grundsätzlich gemeinsame Listen der einzelnen Organisationsrichtungen nicht aufgestellt werden. **Bei der Listenaufstellung und der Wahl geht also jede Gewerkschaftsrichtung selbständig vor,** desgleichen im Wahlkampfe, der in offener und streng sachlicher Weise zu führen ist.

V. Nach sorgfältiger Erledigung aller Vorbereitungen finden die Wahlen in der Zeit vom 20. bis 31. März 1933 statt.

VI. Allen Beteiligten wird es zur dringenden Pflicht gemacht, die gesetzlichen Bestimmungen genau zu beachten.

VII. Ueber die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder erhalten die neuen Betriebsräte nötigenfalls rechtzeitig besondere Richtlinien.

Nach dem Gesagten sind bei der Durchführung der diesjährigen Wahlen folgende Termine besonders zu beachten:

Montag, 20. Februar 1933:
Betriebsratssitzung. 1. Wahl des Vorstandes und Ernennung des Vorsitzenden dieses Wahlvorstandes durch den alten Betriebsrat. 2. Rücktritt des alten Betriebsrates.

Montag, 27. Februar 1933:
Aushängen des Wahlausschreibens und Auslegen der Wählerlisten.

Donnerstag, 2. März 1933:
Letzter Tag zur Einreichung der Vorschlagslisten.

Montag, 6. März 1933:
Letzter Tag der Einreichung der Vorschlagslisten.

Montag, 13. März 1933:
Aushängen der Vorschlagslisten.

Montag, 20. März 1933: Wahltag.

*

Daß die Gewerkschaften Maßnahmen treffen, um eine einheitliche und möglichst gleichzeitige Betriebsrätewahl in allen Betrieben durchzuführen, ist an sich zu begrüßen, wenn wir auch die hier wieder zum Ausdruck kommende enge Verbundenheit der Führer der freien Gewerkschaften mit den Christen für sehr merkwürdig finden.

Die obige Abmachung gilt zwar nur für Rheinland-Westfalen. Aber es ist anzunehmen, daß

ähnliche Abmachungen fürs ganze Reich

getroffen werden. Das bedeutet für unsere Genossen und alle revolutionären Gewerkschaftler und Betriebsarbeiter

erhöhte Aktivität und Alarmbereitschaft.

Es ist ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die freigewerkschaftlichen Kandidatenlisten nicht im engen Gremium zusammengeschoben, sondern in Betriebsversammlungen, an denen alle freigewerkschaftlichen Kollegen des Betriebes teilnehmen können, aufgestellt werden.

Kämpft dort dafür, daß nur die besten, klassenbewußtesten Kollegen auf die Liste kommen!

Kampf oder Unterwerfung?

Den Berichten der SPD- und ADGB-Presse über die Bundesausschuß-Sitzung des ADGB entnehmen wir folgende Stellen:

„Die Gewerkschaften werden in jedem einzelnen Falle ihre Haltung zu dieser Regierung von ihren Tatsachen abhängig machen.... Leipart faßte das Ergebnis der Aussprache zusammen. Die gegenwärtige Regierung mag ... eine tariflose Zeit, vielleicht gar einen weiteren Abbau der Löhne durchsetzen ... — die deutsche Arbeiterschaft weiß ..., daß auf eine Periode sozialen Aufstiegs auch einmal ein Rückschlag, ja vorübergehende Erfolge bewußten Rückschritts folgen können. Diese Erfahrung wird den Glauben an die Macht und die Zukunft der gewerkschaftlichen Organisation in ihren Anhängern nicht ertöten usw."

Im Zusammenhang mit all den anderen bekanntgewordenen Aeußerungen der Gewerkschaften in den letzten Tagen ergibt das ein klares Bild. Nicht nur, daß man hier eine Bagatellisierung der Gefahren für die Arbeiterklasse versucht, nicht nur, daß man die jetzige Notlage der Arbeiterschaft als eine in der Entwicklung begründete unvermeidliche Erscheinung hinstellt und diesen Entwicklungsgang mit dem Wellenschlag des Meeres vergleicht — man räumt auch kampflos das Feld vor einem Gegner, über dessen Gefährlichkeit es unter Arbeitern keine verschiedenen Meinungen geben kann und darf; mehr noch, man sagt dem Gegner, der darüber noch im Zweifel ist, daß man nicht zu kämpfen gedenkt. Das ist schmählichste Kapitulation!

Wenn man schon nicht sagen will, daß Leiparts Aeußerung eine versteckte Aufforderung zu neuem Lohnraub enthält, so bedeuten solche Auslassungen gerade im Hinblick auf die Tarifkündigungen im Ruhrgebiet aber mindestens einen Anreiz für die Kapitalisten, ihre Forderungen anzumelden.

Die Leipartsche These und die Haltung der freien Gewerkschaften haben doch nur dann einen Sinn, wenn man sie so auslegt:

> Lohnsenkungen sind gewiß schlimm aber es gibt Dinge, die noch schlimmer wären.

Das wäre etwa die Zerschlagung der Gewerkschaften. — Soll das heißen, daß die Gewerkschaften um ihrer Erhaltung als Organisation willen ihren Aufgaben entsagen würden? Wenigstens zu einem Teil? Eine solche Taktik würde die Zerschlagung der Gewerkschaften nicht verhindern, sie aber überflüssig machen, weil sie dann von selbst ihrer Auflösung entgegen gingen. Gewerkschaften, die nicht kämpfen wollen, haben heute weniger denn je einen Sinn für die Arbeiterschaft. Ist so die Rechnung der Reaktion? Sieht Leipart nicht, welchen Weg er einschlägt?

Und was soll das heißen, wenn Erfolg und Mißerfolg im Kampf der Arbeiterklasse als ein, geheimnisvollen Gesetzen gehorchendes Auf und Ab hingestellt werden? Trägt die Entwicklung uns aus dem Wellental wieder einmal auf die Höhe des Wellenberges, dann heißt das, wir brauchen heute nicht zu kämpfen, weil uns später das alles mit viel weniger Mühe in den Schoß fallen wird. Dann heißt das, wir können heute nicht kämpfen, wir müssen warten, bis es besser wird. Dann heißt das aber auch, die faschistische Diktatur — auch wenn sie den Wortlaut der Verfassung nicht verletzt — kann vielleicht doch Hilfe bringen. Da sie Hilfe nicht für die Arbeiterschaft bringen wird (Leipart rechnet ja selbst mit Lohnsenkungen), kann sie nur dem Kapitalismus helfen. Und wie ist es mit dem „Umbau der Wirtschaft"? Was wird aus der „sozialistischen Aktion"?

Die Arbeiterklasse und jeder einzelne Proletarier kann sich bei Strafe des Unterganges mit dieser — gelinde gesagt — Rückzugstheorie und -praxis nie und nimmer einverstanden erklären. Es gilt umgekehrt gerade jetzt alle Möglichkeiten des Widerstands- und Abwehrkampfes auszunützen unter Einsatz der organisatorischen Machtmittel der Arbeiterbewegung. Gewiß gibt es auch in der Arbeiterbewegung Rückschläge. Aber nur die Arbeiterorganisation oder Partei, die beim Zurückdrängen jeden Fußbreit Boden mit allen Kräften verteidigt, wird bei der Masse das Vertrauen und bei ihren Mitgliedern die Reife und Kampferfahrung erzielen, die notwendig sind zum erneuten Vorstoß und Wiederaufstieg.

Darum: Nur kämpfend kann die Arbeiterschaft ihre Existenz behaupten, können die Gewerkschaften erhalten werden.

Zörgiebel, ein deutscher d'Arragona

Die kommunistische Phrase vom Sozialfaschismus findet gerade in diesen Tagen ihre eindrucksvollste Widerlegung. Dennoch soll der Sozialdemokratie in der kritischen Würdigung ihrer Politik nichts erspart bleiben. Sie ist in vollem Umfange für den Sieg Adolf Hitlers verantwortlich. Ihre Organisation und die ihr folgenden Massen jedoch als einen Bestandteil des Faschismus zu betrachten, diese Behauptung wird gerade in unseren Tagen eindeutig widerlegt. Sozialdemokratische Geschäftsstellen werden von Nationalsozialisten gestürmt, Reichsbannerarbeiter niedergeschlagen und erschossen. Es steht außer allem Zweifel, daß nach der Durchführung des Unterdrückungsfeldzuges gegen die KPD als nächster die Sozialdemokratische Partei folgt. Es ist deshalb widersinnig, und es wird in dieser Stunde geradezu ein Verbrechen, wenn die KPD in ihrer Verblendung auch jetzt noch eine Einheitsfront von Hitler bis Wels zu konstruieren versucht.

Die Kommunisten können allerdings die berechtigte Frage stellen: „Stimmt es denn nicht, daß die Zörgiebel, Meyer, Bergemann, Noske usw. sich völlig auf die Seite der Faschisten schlagen und sich in der Bekämpfung des Proletariats aufs beste bewähren?" — Gewiß stimmt das. Zörgiebel gibt als Dortmunder Polizeipräsident ein anschauliches Beispiel dafür, daß es uns auch in der deutschen Arbeiterbewegung an D'Arragonas (D'Arragona ging als Führer der freien Gewerkschaften Italiens zum Faschismus über) nicht fehlen wird. Seine Anbiederei an die augenblicklichen Machthaber fällt selbst den Faschisten auf die Nerven. Die nationalsozialistische „Rote Erde" schreibt über Zörgiebel:

> „Es ist mit einigem Aufsehen vermerkt worden, wie sehr sich Herr Zörgiebel beeilt hat, dem allgemeinen preußischen Demonstrationsverbot gegen die KPD zuvorzukommen. Wir haben hiergegen nichts einzuwenden, denn es ist an sich lobenswert (im Original gesperrt), daß Polizeipräsident Zörgiebel endlich soviel Einsicht und Durchgriffskraft gegen den bolschewistischen Blutterror aufbringt, wobei allerdings dahingestellt bleiben muß, ob dieses Eingreifen auf eigenen Entschluß oder auf Drängen gewisser Kommandostellen hin geschehen ist. Die Einsicht des Herrn Zörgiebel kommt aber zu spät, und sie kann gerade in diesem Augenblick nur zu dem Verdacht Veranlassung geben, daß sich Herr Zörgiebel bei den neuen Männern in Berlin lieb Kind machen will."

Die Faschisten zeigen ihm also die kalte Schulter. Aber dieser Tadel wird für ihn nur ein Ansporn sein, weitere Beweise seiner Unentbehrlichkeit zu erbringen. In seinem Eifer dabei erringt er Spitzenleistungen, die die Arbeiterschaft ihm nicht vergessen wird. Lassen wir Tatsachen sprechen:

Bevor Göring den Ausnahmezustand gegen die KPD verhängte, erließ Zörgiebel bereits ein Demonstrationsverbot für die Kommunisten. Nationalsozialisten geben aus einem Auto Schüsse auf die kommunistische Geschäftsstelle in Dortmund ab. Fabrikat und Nummerzeichen des Autos werden von den Ueberfallenen einwandfrei festgestellt, aber im Polizeibericht wissentlich unterschlagen, um eine schnelle Ermittelung der Täter zu verhindern.

Die Teilnehmer einer kommunistischen Protestkundgebung werden sofort nach Eintritt in den Saal nach Waffen durchsucht. Niemand trägt eine Waffe. Weil man im Saal einen alten Trommelrevolver findet — den irgendein Provokateur dort absichtlich versteckt haben mochte —, wird die Kundgebung aufgelöst und verboten.

Der Fackelzug der Faschisten wird unter starker Deckung der Zörgiebelschen Polizei durch rein kommunistische Stadtgebiete geführt. Keinem von den sich wild gebärdenden faschistischen Provokateuren wird ein Haar gekrümmt; dagegen wurden Dutzende von Arbeitern mit Gummiknüppeln und Fußtritten traktiert.

Das sind Beweise seiner Dienstfertigkeit, die Zörgiebel in vier Tagen allein den neuen Machthabern zu erbringen bemüht war. Jawohl, die kommunistischen Arbeiter haben Recht, wenn sie diesen sozialdemokratischen Führer einen deutschen D'Arragona nennen. Die kämpfende proletarische Einheitsfront wird ihn jenseits der Barrikaden finden. Aber die kommunistischen Arbeiter müssen sich ebenso darüber klar sein, daß es Zehntausende sozialdemokratischer Funktionäre gibt, die diesen Klassenverrat verurteilen. Auf diese Funktionärschichten und die ihnen folgenden Arbeiter kommt es in dieser Stunde an, und ohne sie auf ihrer Seite zu haben, wird die kommunistische Arbeiterschaft in ihre Niederlage hineinrennen.

Königsberger Theaterzuschuß bewilligt

(Eigener Bericht der „SAZ")

Die erste diesjährige Stadtverordnetensitzung sollte die Entscheidung darüber bringen, ob Königsberg seine Theater weiterhin spielen läßt oder nicht. Trotz des unerhört hohen Defizits der Stadt in Höhe von 5,5 Millionen Mark, hatte man natürlich nichts anderes zu tun, als schleunigst die Wünsche der Reaktion zu erfüllen und den Theaterzuschuß zu gewähren. Die Sozialdemokraten stimmten für eine Annahme des Theaterantrages!

Für diesen Dienst erhielt dann die SPD auch ihren Lohn bei der Wahl des neuen Präsidiums. Für den Posten des ersten Stellvertreters des Stadtverordneten-Vorstehers Pfarrer Lawin (der selbstverständlich wiedergewählt wurde) wurden die Stadtverordneten Dr. Richter (Dtn.), Legatis (SPD) und Rothgänger (Komm.) nominiert. Es erhielten von 55 abgegebenen Stimmen, wobei 3 ungültig waren, Dr. Richter 20, Legatis 22, Rothgänger 10 Stimmen. Bei der dann notwendigen Stichwahl zwischen Dr. Richter und Legatis erhielt Legatis 22 und Dr. Richter 19 Stimmen, während 15 Stimmen ungültig waren. Für den Posten des zweiten stellvertretenden Vorstehers wurden Stadtverordneter Rothgänger (Komm.) und Dr. Kather (Ztr.) vorgeschlagen. Im ersten Wahlgang erhielten beide Kandidaten je 25 Stimmen, im zweiten Dr. Kather 25 und Rothgänger 21 Stimmen. Als Beisitzer wurden dann noch Blöhmke (SPD), Behrend (DVP) und Lange (Christl. Volkd.) gewählt.

*

Heute hatten Erwerbslose unter Führung der KPD und des Bundes der Kriegsopfer Umzüge angemeldet, die verboten wurden. An einzelnen Stellen der Stadt kam es aber doch zu Ansammlungen bzw. Demonstrationen. Besonders stark waren diese Ansammlungen auf der Lauk und dem Steindamm. Aber überall löste die Polizei die Züge, die durch die Stadt ziehen wollten, sehr schnell auf. Nur auf dem Steindamm, und zwar nahe der Poststraße, wurden Polizeibeamte sehr bedrängt. Daraufhin machten sich diese schußbereit. In der Nähe der Steindammer Kirche säuberte die Polizei die Straße mit dem Gummiknüppel, was selbstverständlich nicht die Erregung des Publikums beruhigte, sondern zu erheblichem Widerstand führte. Zu gleicher Zeit kam es zu Zusammenstößen mit Nazis in der Poststraße, wobei auch geschossen wurde und ein Mann als Verletzter die Kampfstätte verließ.

Probstzella

In der letzten Freidenker-Versammlung führte der Genosse Karl I. die schärfste Opposition gegen den örtlichen Ortsgruppenvorstand, welcher zum Teil aus langjährigen Funktionären besteht und welcher ihm wahrscheinlich nicht so recht paßt, weil er sich nicht dazu hergegeben hat, seine Ansicht und Politik zu vertreten. Bereits vor einigen Wochen erreichte er durch sein verbandsschädigendes Verhalten, daß der langjährige erste Vorsitzende seine Funktion zur Verfügung stellte. In der letzten Mitgliederversammlung verstand er es, den Ortsgruppenvorstand in einer Weise anzugreifen, daß auch die zweite Vorsitzende mitten in der Versammlung die weitere Leitung der Versammlung ablehnte. Hoffentlich wird der Genosse Karl I. von zuständiger Seite belehrt werden, daß er zwar bei den Freidenkern jede berechtigte Kritik üben kann, daß aber auf keinen Fall geduldet werden wird, daß er gegen ihn persönlich mißliebige Funktionäre unberechtigte Angriffe unternimmt, wodurch eine Gefährdung der Ortsgruppe zu befürchten ist.

In der Versammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden wurde zur augenblicklichen politischen Lage Stellung genommen. Die erhoffte Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni 1932 ist durch die vom Reichspräsidenten Hindenburg erfolgte Auflösung des Reichstages, wie zu erwarten, unterblieben. Alle Versammlungsbesucher waren sich einig, daß die Parole der Verbandsleitung bei der Reichspräsidentenwahl, „Wählt Hindenburg, dann schlagt ihr Hitler", und welche die Ortsgruppe seinerzeit als nicht richtig erkannt hatte, nicht eingetroffen ist. Hindenburg hat Hitler zum Reichskanzler berufen, eine Persönlichkeit, über dessen Einstellung zur Sozialpolitik und damit für die Rentnerschaft kein Zweifel bestand. Zugleich wurde in der Diskussion ohne Ausnahme zum Ausdruck gebracht, daß die Ortsgruppe sich für die Wahl einer bestimmten Partei, wie es bei der letzten Reichstagswahl entgegen dem Verbandsstatut vom Verbandsvorstand gefordert wurde, nicht einsetzen wird und strengste parteipolitische Neutralität fordert. Die Mitglieder der Ortsgruppe Probstzella sind sich vollkommen darüber klar, von welchen Parteien die Rentnerschaft bekämpft worden ist und was sie am 5. März zu wählen haben.

Aus der Partei

Zu unserer in Nr. 25 der „SAZ" veröffentlichten Mitteilung über Vorgänge beim Ausschluß zweier Genossen in Düsseldorf wird uns vom Ortsverein Düsseldorf der SAP geschrieben, daß der Vorstand nicht aus 13, sondern bis zum Ausschluß der beiden Genossen aus 14 Mitgliedern bestanden hat; daß zu der Vorstandssitzung 12 Mitglieder rechtzeitig eingeladen, die dann ausgeschlossenen beiden Genossen nicht mehr geladen wurden; daß 8 Vorstandsmitglieder dem Ausschluß zugestimmt hätten.

Wir bringen aus Gründen der Loyalität auch noch diese Darstellung. Im übrigen steht fest daß das Organisationsstatut der SAP einen Ausschluß, so wie er hier vollzogen worden ist, überhaupt nicht kennt. Aus diesem Grunde hatten wir auch die Pflicht, die Erklärung zugunsten der ausgeschlossenen Genossen zu veröffentlichen. Das letzte Wort über den Streitfall wird der Parteitag zu sprechen haben.